

Herausgebende: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin

4 | 2025

74. Jahrgang | ISSN 0490-1606

Aus dem Inhalt

Bewertung der ambulanten Soziotherapie nach
§ 37a SGB V | 122

Das Bachelor-Studium der Sozialen Arbeit | 129

Zur (Un-)Sichtbarkeit von Gemeinwesenarbeit | 137

Klimapolitisches Engagement und psychische
Gesundheit | 145

Weil es ums Ganze geht: Demokratie durch Teilhabe verwirklichen!

**18. DEUTSCHER KINDER-
UND JUGENDHILFETAG**
13. bis 15. Mai 2025
LEIPZIGER MESSE

**Registrieren
Sie sich**

jetzt!

Teilnahme kostenfrei

Unter www.jugendhilfetag.de
können Sie sich registrieren,
Merklisten für Veranstaltungen
und Messestände anlegen
und Ihren Teilnahmewunsch
für Veranstaltungen hinterlegen.

Social Media
  **jugendhilfetag #djht**

Mehr unter jugendhilfetag.de

SOZIALE ARBEIT

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete
April 2025 | 74. Jahrgang

- 122 **Bewertung der ambulanten Soziotherapie nach § 37a SGB V**
Ergebnisse einer Expert:innenbefragung
Yvonne Kahl, Düsseldorf; Mareike Neubauer, Dinslaken; Mathias Berg, Köln; Johannes Jungbauer, Aachen
- 123 **DZI Kolumne**
- 129 **Das Bachelor-Studium der Sozialen Arbeit**
Irrweg im Dickicht des Professionalisierungsdiskurses?
Julia Breuer-Nyhsen, Aachen
- 137 **Zur (Un-)Sichtbarkeit von Gemeinwesenarbeit**
Reflexionen aus einem Forschungsprojekt
Oliver Fehren, Berlin; Edi Martin, Zürich; Maren Schreier, St. Gallen
- 145 **Klimapolitisches Engagement und psychische Gesundheit**
Belastungen, Ressourcen und Unterstützungs potenziale für junge Menschen
Marie Euskirchen; Lisa-Marie Graf; Elias Monden; Kilian Petzold; Johannes Jungbauer, Aachen
- 154 **Rundschau** Allgemeines Soziales | 154
Gesundheit | 154
Jugend und Familie | 154
Ausbildung und Beruf | 155
- 155 **Tagungskalender**
- 156 **Bibliografie** Zeitschriften
- 158 **Verlagsbesprechungen**
- 160 **Impressum**

Die ambulante Soziotherapie nach § 37a SGB V möchte Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen den Zugang zum Gesundheitssystem erleichtern. Die Studie von **Yvonne Kahl, Mareike Neubauer, Mathias Berg und Johannes Jungbauer** zeigt positive Effekte auf Lebenszufriedenheit und Selbstbestimmung, jedoch behindern strukturelle Hürden die Umsetzung.

Julia Breuer-Nyhsen ist eine der Gewinnerinnen des Dissertationspreises, der 2024 erstmals von der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) und dem Fachbereichstag Soziale Arbeit (FBTS) ausgelobt wurde. Sie hat untersucht, ob Studienziele in Bachelorstudiengängen Sozialer Arbeit an HAW erreicht werden. Es zeigt sich, dass etwa einem Drittel der Studierenden die Aneignung von Wissen im Sinne einer Reflexiven Professionalität gelingt. Abgeleitet wird daraus ein Bedarf an didaktischer und hochschulpolitischer Weiterentwicklung, insbesondere zur Verknüpfung von Theorie und Praxis, kritischer Sozialpolitikreflexion und Stärkung professionsethischer Inhalte im Studium. Laut Laudator Prof. Dr. Fabian Frank (EH Freiburg) setzt die Arbeit zentrale Impulse zur Weiterentwicklung des Bachelorstudiums sowohl auf curricularer als auch auf didaktischer Ebene.

Oliver Fehren, Edi Martin und Maren Schreier thematisieren die Sichtbarkeit der Gemeinwesenarbeit (GWA) und zeigen, dass uneinheitliche Bezeichnungen und unsichere Finanzierungsstrukturen erschwerend wirken. Die zahlreichen vielfältigen existierenden GWA-Praxen zeigen der im Rahmen der Forschung entstandene „Atlas der GWA“.

Marie Euskirchen, Lisa-Marie Graf, Elias Monden, Kilian Petzold und Johannes Jungbauer haben Belastungen und Ressourcen klimapolitisch engagierter junger Menschen untersucht. Trotz hoher Belastungen durch den Klimawandel erleben diese Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit. Es besteht Unterstützungsbedarf, jedoch werden Hilfen selten in Anspruch genommen.

Die Redaktion Soziale Arbeit

DZI

Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen

BEWERTUNG DER AMBULANTEN SOZIOTHERAPIE NACH § 37A SGB V | Ergebnisse einer Expert:innenbefragung

Yvonne Kahl ; **Mareike Neubauer**;
Mathias Berg ; **Johannes Jungbauer** 

Zusammenfassung | Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen soll durch Soziotherapie nach §37a SGB V der Zugang zum Gesundheitssystem erleichtert und selbstbestimmtes Handeln ermöglicht werden. Acht problemzentrierte Interviews mit Expert:innen zeigen positive Auswirkungen der Soziotherapie auf die Stärkung von Lebenszufriedenheit, Genesung und selbstbestimmte Lebensgestaltung im außerklinischen Sozialraum. Zugleich hemmen aktuelle Strukturen und fehlende Verbreitungsstrategien die Implementierung

Abstract | In Germany sociotherapy according to § 37a German Social Code Book V is intended to enable people with severe mental illnesses to access the healthcare system and to act self determined. Eight problem centered interviews with experts show the positive effect of sociotherapy in terms of strengthening life satisfaction, recovery and self determined living in a non clinical environment. At the same time, current structures and a lack of dissemination strategies hinder implementation.

Schlagwörter ► psychische Störung ► Sozialgesetzbuch V ► Soziotherapie ► qualitative Forschung

doi.org/10.5771/0490-1606-2025-4-122

1 Hintergrund | Laut epidemiologischen Studien sind etwa ein bis zwei Prozent der deutschen Bevölkerung von schweren psychischen Erkrankungen betroffen (Göhne et al. 2015, Bramesfeld 2023). Diese Personengruppe hat seit dem Jahr 2002 Anspruch auf ambulante Soziotherapie nach §37a SGB V, um ihr Zugang zu passenden Gesundheitsleistungen zu ermöglichen. Krankenhausbehandlung soll durch Anbindung an ambulante Leistungen vermieden, ver-

kürzt oder ermöglicht werden. Laut der Soziotherapie-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA 2021) soll Soziotherapie durch Motivierungsarbeit und strukturierte Trainingsmaßnahmen helfen, psychosoziale Defizite abzubauen. Unterschiedliche Berufsgruppen können bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen als Soziotherapeut:innen tätig werden. Die klinische Sozialarbeit liefert dabei mit ihrem Ansatz der Sozialtherapie (Lammel; Pauls 2020) ein besonders wesentliches konzeptionelles und fachliches Fundament, um Soziotherapie nach §37a SGB V zu erbringen. Die Leistung steht jedoch über 20 Jahre nach ihrer Einführung nicht flächendeckend in allen Regionen Deutschlands zur Verfügung (Bühring 2019, G-BA 2020). Diese Situation ist angesichts der zugleich von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN 2024) benannten Herausforderungen, wie Über-, Fehl- oder Unterversorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen bedenklich. In der Vergangenheit wurden für die mangelnde Implementierung der Soziotherapie unter anderem eine geringe Bekanntheit der Leistung im hausärztlichen Bereich, eine zu geringe Anbieterlandschaft, zurückhaltendes Verordnungsverhalten, aber auch unattraktive Vergütungskonditionen, hohe Zulassungsvoraussetzungen für Leistungserbringende und hoher administrativer Aufwand diskutiert (G-BA 2008, Josuttis 2020). Die derzeitigen Regelungen und Richtlinien zur Umsetzung von Soziotherapie werden dabei wiederkehrend kritisch diskutiert (Liebem 2017, Berufsverband der Soziotherapeuten e.V.; DVSG 2022, BDP Verband 2024).

Diesen Positionen stehen bisher nur vereinzelt empirische Daten gegenüber. Die SODEMA-Studie (Gebrände et al. 2016) zeigt etwa, dass Beziehungsauflaufbau, das Eingehen auf die individuelle Situation der Patient:innen, Psychoedukation, Unterstützung von Alltagstruktur, Ressourcenorientierung und der Einbezug sozialer Faktoren entscheidende Wirkfaktoren der Soziotherapie sind. Dies wurde nachfolgend auch von Ohling (2017) untermauert. Die von Heidenreich et al. (2018) publizierten Ergebnisse der SODEMA-Studie zeigen, dass die Behandlung ergänzende, zusätzliche soziotherapeutische Interventionen bei Müttern mit depressiven Störungen im Vergleich zu einer Kontrollgruppe durchaus signifikante und klinisch bedeutsame Veränderungen erzielen können.

Problemverpuffung

Um die notwendigen Entwicklungen der Soziotherapie nach §37a SGB V bewerten zu können, sind weitere Befunde nötig. Die folgend dargestellte Untersuchung stellt aus der Perspektive von Fachexpert:innen die Wirkungen der Leistung, Barrieren der Umsetzung und Forderungen zur Implementierung dar.

2 Studiendesign und Untersuchungsme-

thoden | Im Rahmen eines qualitativen Designs erfolgte die Datenerhebung mittels problemzentrierter Interviews (*Witzel; Reiter 2022*). Die Interviews wurden zwischen Juli und August 2023 durchgeführt. Die Auswahl der Stichprobe fand in Anlehnung an das selektive Sampling statt (*Schatzman; Strauss 1973*). Als Fachexpert:innen wurden Personen definiert, die im Rahmen von bundesweiten Verbänden, Gesellschaften und Arbeitsgemeinschaften mit Bezug zur Psychiatrie aktive und führende Positionen einnehmen oder in der Vergangenheit eingenommen haben. Erfahrungen mit der fachlichen Entwicklung und/oder Umsetzung von Soziotherapie sowie eine mindestens zehnjährige Erfahrung im Feld der Arbeit mit Menschen mit psychischen Erkrankungen wurden vorausgesetzt. Es wurde ein Fokus auf Expert:innen gelegt, die in ihrer unmittelbaren Praxis im Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) tätig sind oder waren, da hier in den vergangenen Jahren mit der Aushandlung von Rahmenverträgen mit den Krankenkassen sowie Anpassungen der Vergütung eine vergleichsweise starke Weiterentwicklung der Soziotherapie zu beobachten war. Die Zielgruppe wurde mittels Informationsschreiben per Mail kontaktiert. Die erhobenen Daten wurden nach Transkription unter Nutzung einer Mischform aus zusammenfassender und inhaltlich strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse (*Mayring 2022*) in ein Kategoriensystem überführt.

3 Ergebnisse | Tabelle 1 gibt Aufschluss über die Zusammensetzung der Stichprobe. Insgesamt wurden sieben Einzelinterviews sowie ein Gruppeninterview mit zwei Personen geführt.

Die Inhaltsanalyse ergab die Strukturierung in drei Hauptcodes:

1. Positive Wirkungen aktueller Praxis der Soziotherapie
2. Hemmnisse der Umsetzung
3. Forderungen zur Etablierung von Soziotherapie.

Der Autoverkehr in Berlin hat Mitte März einen Infarkt erlitten: Eine Brücke der Stadtautobahn am Funkturm – quasi die Herzammer der Autostadt Berlin – ist dauerhaft gesperrt, weil sich die marode Bausubstanz als nicht mehr tragfähig erwiesen hat. Eine neue Brücke muss her – das kann dauern. Die Medien, die Politik, die Autofahrer:innen – allesamt am Rande des Nervenzusammenbruchs.

Alles halb so schlimm, verkündet dann auf dem rbb-Sender radioeins *Felix Creutzig* vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Es sei erwiesen, dass bei verringriger Straßenskapazität auch weniger Autos fahren, da die Fahrer:innen Alternativen finden oder ihre Fahrgewohnheiten ändern. Dies führe langfristig zu weniger Verkehr, das heißt auch dann, wenn der eigentliche Engpass längst beseitigt sei.

Mit etwas Lebenserfahrung wissen wir: Der Mann hat recht. Denn wohl jede:r kennt Situationen, die uns unerwartet treffen und bei denen wir erst einmal keinen Ausweg sehen. In den meisten Fällen finden wir dann nicht nur eine Lösung, sondern können uns mit etwas Abstand eingestehen: Eigentlich läuft's auf dem neuen Weg besser als vorher.

Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen und Pädagog:innen kennen einen ganz ähnlichen Effekt und haben daraus eine Methode gemacht: die paradoxe Intervention. Das ist eine beraterische oder therapeutische Intervention, bei der absichtlich Anweisungen oder Vorschläge gegeben werden, die scheinbar im Widerspruch zum gewünschten Ziel stehen. Ziel ist es, durch den Widerstand gegen diese Anweisungen eine Verhaltensänderung zu bewirken. Diese Technik wird eingesetzt, um dysfunktionale Muster und Widerstände zu verstören, indem Klient:innen ermutigt werden, ihre eigenen Annahmen und Verhaltensweisen in Frage zu stellen.

Also: Mut zur paradoxen Intervention! Los geht's, zur Problemverpuffung!

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe

Berufliche Position*	Berufliche Qualifikation	Geschlecht	Berufserfahrung im Feld (Jahre)	Interviewnr.	Interview-dauer (Min)
Leitung; Vorstand	Sozialarbeiterin	w	23	FG3-1	39
Leitung; Vorstand	Psychologe	m	42	FG3-2	26
Vorstand	Soziologe; Sozialpädagoge	m	35	FG3-3	38
Vorstand; Referent	Sozialarbeiter; Peer-Berater	m	21	FG3-4	48
Vorstand; Geschäftsführung	Sozialarbeiter; Sozialwirt; Sozialmanager	m	38	FG3-5	62
Vorstand; Geschäftsführung	Sozialarbeiter	m	30	FG3-6.1	23
Leitung	Sozialpädagogin	w	15	FG3-6.2	23
Vorstand	Psychologin	w	36	FG3-7	32
Vorstand	Krankenpfleger	m	27	FG3-8	42

*in Institutionen, Verbänden, Vereinen und Gesellschaften, die die Behandlung und/oder Rehabilitation von Menschen mit psychischen Erkrankungen fokussieren

3-1 Positive Wirkungen aktueller Praxis der Soziotherapie | Stärkung von Lebenszufriedenheit, Genesung und selbstbestimmter Lebensgestaltung: Soziotherapie wird von der deutlichen Mehrzahl der Befragten als Leistung beschrieben, die das Wohlbefinden, die Zufriedenheit und die selbstbestimmte Lebensgestaltung von Personen verbessern kann. Der Fokus der Soziotherapie auf die Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen wirkt sich nach Einschätzung der Befragten positiv auf Krankheitsverläufe aus. Die besondere Rolle der Beziehung im Kontext der Soziotherapie wird als zentral erachtet: „Die Chance zu haben, eine qualifizierte Person, die bereit zur Zuwendung ist, zum Beziehungsaufbau die an der Seite zu haben, das ist die große Chance. Diesen Krankheitsverlauf zu mildern, oder ich will jetzt nicht von Heilung sprechen, aber in diese Richtung, das zu lenken“ (FG3-8, Z.459-462).

Stärkung der Patient:innen im Sozialraum:

Fast alle Befragten geben an, dass Soziotherapie Patient:innen so stärken und begleiten kann, dass sie in Folge (länger) in ihrem gewohnten Lebensumfeld verbleiben. Krankenhauseaufenthalte werden oftmals vermieden, in ihrer Anzahl oder Länge reduziert, zumindest werden sie in der Regel besser angebahnt. Soziotherapie greift als Unterstützungsleistung im ambulanten Setting, um frühzeitig aufkommende Krisen zu erkennen und zu bewältigen.

Gestaltung von Zusammenarbeit: Alle Befragten benennen ausgewählte positive Erfahrungen der Zusammenarbeit, die zur Implementierung von Soziotherapie beitragen. Berichtet wird von Verbands- und

Arbeitsgruppenaktivitäten, von interprofessioneller Zusammenarbeit auf der direkten Handlungsebene, von gelungenen Abstimmungen mit Krankenkassen oder zumindest ersten Formen der Zusammenarbeit, die sich insbesondere länderspezifisch zeigen: „Also in NRW bewerte ich die Situation gut. Wir haben allein über den VDEK-Vertrag 233 Zulassungen hinzbekommen in der Zeit von 2018 bis heute. Und das ist gemessen an dem, was vorher war. Ich glaube, da gab es auch nur eine Handvoll oder ein Dutzend überhaupt in ganz NRW“ (FG3-3, Z. 149-154).

Lots:innenfunktion/ Mittler:in im Versorgungssystem: Die deutliche Mehrzahl der Befragten stellt heraus, dass Soziotherapeut:innen im Versorgungssystem eine wichtige vermittelnde Funktion einnehmen. Bedürfnisse der Patient:innen können im Austausch mit Akteur:innen im Gesundheitssystem transportiert werden. Zugleich helfen Soziotherapeut:innen den Überblick über die verschiedenen Leistungen im Hilfesystem zu bewahren: „Und das ist einfach auch so, ja so eine Art Lotsenfunktion. Dann zu gucken. Welche Dinge stehen Ihnen zu, Was brauchen Sie aber auch wirklich?“ (FG3-1, Z. 360-362).

Versorgung stark beeinträchtigter Patient:innengruppen: Durch Soziotherapie werden laut der überwiegenden Anzahl der Befragten Personen mit besonders schweren psychischen Erkrankungen erreicht, die sich dauerhaft auf die Möglichkeit selbstständiger Versorgung auswirken. Soziotherapie adressiert erfolgreich Patient:innen, die bisher keinen angemessenen Zugang zu Gesundheitsleistungen haben: „Das Schöne ist, wir haben bei Soziothe-

rapie in der Regel eine aufsuchende Hilfe. Das ist für viele Menschen ja nicht leicht, überhaupt Psychotherapie zu bekommen und dann in die Praxis zu gehen, einmal die Woche zu einer bestimmten Zeit. Daran scheitern viele Menschen“ (FG3-4, Z.426-430).

Vermögens- und einkommensunabhängige Leistung: Positiv benannt wird von der Hälfte der Befragten die Einordnung von Soziotherapie als Krankenkassenleistung, die keine Offenlegung der finanziellen Verhältnisse erfordert. Dies könnte in Folge auch eine grundsätzlich schnellere Bewilligung ermöglichen.

3-2 Hemmnisse der Umsetzung | Begrenzte sektorenübergreifende Zusammenarbeit: Trotz der vorab beschriebenen positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit auf einzelnen Ebenen bewerten fast alle Expert:innen die Koordination und Kommunikation in der Fläche als unzureichend. Dies umfasst insbesondere Widerstand, Zurückhaltung oder Unwissen seitens der verordnungsberechtigten Fachgruppen¹. Es besteht der Eindruck, dass (Fach-)Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen wenig interessiert sind an einem mit der Leistung einhergehenden, notwendigen fachlichen Austausch.

Geringe strukturelle Förderung der Verbreitung: Von allen Befragten wird zugleich kritisch angemerkt, dass Leistungserbringende und/oder Krankenkassen die (Fach)-Öffentlichkeit nicht umfänglich über Bedeutung, Wirksamkeit und Verfahrenswege der Soziotherapie informieren, für sie sensibilisieren oder umfassende Maßnahmen zur Etablierung von Soziotherapie ergreifen: „*Die Kassen scheuen natürlich die hohen Kosten, die sie im ambulanten Bereich dann auf sich zukommen sehen und haben sicher-*

¹ Niedergelassene Ärzt:innen bestimmter Fachgruppen, seit 2018 auch Psychologische Psychotherapeut:innen und seit 2020 auch Fachärzt:innen mit Zusatzweiterbildung Psychotherapie dürfen Soziotherapie verordnen. Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen benötigen für die Verordnung von Soziotherapie eine Genehmigung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Seit Juli 2017 dürfen Krankenhäuser im Rahmen des Entlassmanagements Soziotherapie für einen Zeitraum von bis zu sieben Tagen verordnen, wenn Patient:innen unmittelbar nach der Entlassung die Unterstützung von Psychotherapeut:innen benötigen oder damit eine frühzeitige Entlassung ermöglicht werden kann (KBV 2020)

lich lange stillgehalten und das Thema ruhen lassen“ (FG3-8, Z. 141-143).

Nicht-auskömmliche Vergütung: Die deutliche Mehrzahl der Expert:innen benennt, dass die finanzielle Entlohnung für Soziotherapie nicht auskömmlich ist. Moniert wird, dass auf Basis des gezahlten Honorars kaum bis keine Zeit für Vernetzungs- und Kooperationsarbeit bleibt. Auch die Problematik der ausbleibenden Vergütung von Stunden bei Nicht-Erscheinen der Patient:innen wird als Kritikpunkt gesehen. Die geringe Vergütung hat in etablierten Organisationen die Folge, dass auf das Angebot aufgrund finanzieller Risiken verzichtet wird. Träger, die Anbieter der Leistung sind, machen mitunter durch Soziotherapie Verluste.

Geringe Verfügbarkeit von Soziotherapeut:innen: In Folge der Vergütung beschreibt die Hälfte der Befragten, dass es in der Versorgungslandschaft an ausreichend qualifizierten Leistungserbringenden mangelt. Die Versorgungssituation ist insbesondere außerhalb von NRW prekär: „*Ich bin fast jeden Tag damit konfrontiert, dass Leute anrufen, Patienten, Betroffene, die gerne sowas in Anspruch nehmen würden aus anderen Bundesländern, jetzt nicht NRW. Und da muss ich immer wieder leider frustrierend sagen es gibt in ihrer Region niemanden“ (FG3-3, Z. 297-301).*

Hürden durch Verfahren der Zulassung, Verordnung und Bewilligung: Von allen Befragten werden im Zuge der Interviews Hürden unterschiedlicher Art in der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen beschrieben. Das Verfahren zur Zulassung von Leistungserbringenden wird oftmals als hochschwellig und mit bürokratischen Hürden versehen erlebt. Das Erfüllen der rahmenden Anforderungen zur Umsetzung der Leistung führt Träger nachfolgend teils in Engpässe: „*Wir sind ja ein Träger, der eigentlich nicht auf Kassenleistungen spezialisiert ist. Und da man dieses spezielle Abrechnungssystem ja eigentlich braucht, werden uns die Leistungen gekürzt, weil wir dieses Abrechnungssystem nicht haben“ (FG3-6.1, Z. 304-307).*

Hohe Anforderungen an verordnungsberechtigte Fachgruppen beeinträchtigen zudem die Implementierung. Die Rede ist von bürokratischer Komplexität im Verfahren der Verordnung und von restriktiven

Richtlinien, die im Widerspruch zur gültigen Soziotherapie-Richtlinie des G-BA (2021) stehen. Schließlich wird auch der Prozess der Bewilligung verordneter Leistungen kritisiert. Immer wieder wird von Ablehnungen der Krankenkassen oder langsamem Prozessen berichtet, die den Beginn der Leistung hinauszögern.

Leistungen nicht bedarfsentsprechend: Drei der Expert:innen weisen darauf hin, dass erbrachte Soziotherapie-Leistungen aufgrund ihrer zeitlichen Befristung nicht in jedem Fall die Bedarfe der Patient:innen decken können. Zudem ist es möglich, dass trotz der prinzipiellen Ausrichtung auf schwer psychisch erkrankte Menschen diese Zielgruppe nicht durchgängig erreicht wird. „Also es gibt sicherlich weiterhin viele Menschen, die nicht erreicht werden [...] Ja, den verwirrten, drogenkonsumierenden jungen Mann, der mit dem Einkaufswagen durch den Park fährt“ (FG3-8, Z. 372-376).

3-3 Forderungen zur Etablierung von Soziotherapie | Sicherung der Qualifikations- und Kompetenzanforderungen: Einig sind sich die Expert:innen darin, dass dem Mangel an Leistungserbringenden keinesfalls durch ein Herabsetzen von Qualifikations- und Kompetenzanforderungen an Soziotherapeut:innen begegnet werden sollte. Die in der Regel für die Zulassung geforderte vorausgehende Berufserfahrung von Soziotherapeut:innen wird von der Mehrzahl der Befragten als bedeutsam hervorgehoben. In einem Fall wird zwecks Förderung der Etablierung von Soziotherapie zugleich angeregt, Tandem-Modelle zu bedenken, bei denen Fachkräfte auch vor Erreichen der vorausgesetzten Berufserfahrung angeleitet als Soziotherapeut:innen tätig werden können. Wiederkehrend kritisch angemerkt wird, dass bei den Krankenkassen unterschiedliche Standards in der Zulassung von Soziotherapeut:innen bestehen. Einige Expert:innen befürchten hierdurch Qualitätsverluste: „Die Primärkassen, das war ein großer Kampf. Die haben ganz andere Dinge mit den Wohlfahrtsverbänden ausgehandelt. Da sind dann auch Leistungserbringer, die aus unserer Sicht nicht geeignet wären“ (FG3-8, Z. 49-52).

Demgegenüber gibt es auch kritische Positionen zu der in den Verträgen teilweise bestehenden Begrenzung von Berufsgruppen, sofern diese unabhängig von konkreten Qualifikationsanforderungen gedacht wird.

Sicherung der Qualität von Leistungen der Soziotherapie: In Zusammenhang mit den Qualifikations- und Kompetenzanforderungen äußern über die Hälfte der Befragten, dass zur Sicherung qualitativ hochwertiger Leistungen kontinuierliche Fort- und Weiterbildungen (auch mit gemeinsam Verordnenden) und/oder andere Qualitätssicherungsverfahren umgesetzt werden sollten. Insbesondere die Themen Recht und Zwang, Psychopharmaka, interprofessionelle Zusammenarbeit (auch unter Einbezug von Peers), Kooperation und Vernetzung werden als essenzielle Themen gesehen. Auch die Entwicklung eines bundesweiten und einheitlichen Qualifikationsrahmens für Soziotherapeut:innen wird in diesem Zuge benannt.

Optimierung von Verfahren und Regelungen der Krankenkassen: Die Befragten äußern sich einstimmig, dass es zur stärkeren Etablierung der Soziotherapie notwendig sei, Verfahren und Regelungen der Krankenkassen anzupassen. Bewilligungen sollten schneller erfolgen, Zugangsmöglichkeiten zu Soziotherapie für Patient:innen niedrigschwelliger gestaltet und entsprechend Verordnungswege vereinfacht werden. Zudem wird das Anliegen eines abgestimmten Vorgehens zwischen Primär- und Ersatzkassen sowie einheitlicher bundesweiter Vorgehensweisen formuliert.

In mehreren Interviews wird die angestoßene Entwicklung in NRW trotz der zuvor genannten Kritikpunkte positiv wertgeschätzt. Formuliert wird, dass es gilt, diese Fortschritte in NRW auszubauen und auch in den weiteren Bundesländern zu etablieren.

Information und Aufklärung: Die Hälfte der Expert:innen benennt die Notwendigkeit, insbesondere Verordnende und Patient:innen, aber auch andere an der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen Beteiligte zielgruppengerecht über die Leistung aufzuklären. Empfohlen wird die Etablierung von durch die Ärzte- und Psychotherapeutenkammer angebotenen Fortbildungen. Die Stärkung von Bekanntheit erfordert aus Perspektive der Expert:innen zudem unmittelbare Kontaktarbeit: „Bei den Ärzten, die es jetzt verordnen, bin ich mit den Patienten vor Ort gewesen und wir haben das geschildert. [...] Diesen Fragebogen von der KV habe ich dann eben mitgebracht und [...] habe dann nochmal ganz konkret gesagt, wo was zu ste-

„hen hat. Und dann habe ich mit den Ärzten die ersten Verordnungen ausgefüllt. Das war schon ein erheblicher Zeitaufwand“ (FG3-6.2, Z. 154-162).

Stärkung von sektorenübergreifender Zusammenarbeit: Alle Befragten vertreten die Perspektive, dass zur Etablierung von Soziotherapie die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachkräften und Disziplinen zu verbessern ist, um eine koordinierte Unterstützung der Patient:innen sicherzustellen: „*Das betrifft die niedergelassenen Ärzte, Psychotherapeuten, Ergotherapeuten, Pflegedienste. Das betrifft aber auch die Eingliederungshilfe, Hilfen zur Arbeit usw.*“ (FG3-2, Z. 204-206). Wiederkehrend wird angemerkt, dass zur Sicherung entsprechender Zusammenarbeit und regionaler Netzwerkarbeit verbindliche und handlungsverpflichtende Richtlinien, zum Beispiel des G-BA, zu etablieren wären, die sich auch in entsprechenden Vergütungssätzen und somit attraktiveren Rahmenbedingungen für Verordnende und Leistungserbringende niederschlagen.

4 Diskussion | Die vorgestellte qualitative Befragung der Fachexpert:innen ergänzt den bisherigen empirischen Kenntnisstand zum Thema Soziotherapie und zeigt positive Auswirkungen, aktuelle Hemmnisse der Umsetzung und Forderungen zur weiteren Entwicklung.

Positive Wirkweisen: Die in den Interviews beschriebenen positiven Wirkweisen stehen im Einklang mit bisherigen Arbeiten zu soziotherapeutischen Leistungen (Heidenreich et al. 2018, Ohling 2020, Gebrände et al. 2016). Die von den Expert:innen beschriebene Reduzierung von Krankenhausaufenthalten, die Sicherung der Anbindung und das erfolgreiche Lotsen von besonders stark beeinträchtigten Menschen im Hilfesystem entspricht den mit §37a SGB V und in der Soziotherapie-Richtlinie des G-BA (2021) festgeschrieben Erwartungen an die Leistung. Die positive Wertschätzung der zugehenden Arbeitsweise im Rahmen der Leistung unterstreicht dabei auch den Mehrwert von niedrigschwelligen Handlungen der Sozialen Arbeit (siehe zum Beispiel Arnold; Höllmüller 2017).

Zusammenarbeit und Vernetzung: Die von den Expert:innen berichteten positiven Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit sind vor dem Hintergrund zu bewerten, dass fast alle Befragten in ih-

rer unmittelbaren Praxis in NRW tätig sind/waren. Hier bestehen Rahmenverträge mit Primär- und Ersatzkassen, was als Entwicklungsvorsprung zu vielen anderen Bundesländern gesehen werden kann. Mit rund 72 Euro pro Einzelstunde wurde in NRW zudem ein im Bundesvergleich höherer Vergütungssatz für Soziotherapeut:innen erwirkt. Die Aussagen zu übergeordneten Netzwerken sowie teils unmittelbaren Kooperationen in der Praxis zeigen zu würdigende Entwicklungen. Trotz dessen geben die Rückmeldungen der Fachexpert:innen Hinweise darauf, dass die Kooperationen zwischen soziotherapeutischen Leistungserbringenden und verordnungsberechtigten Fachgruppen weiterhin nicht derart ausgeprägt sind, dass sie eine ganzheitliche Implementierung sicherstellen.

Leistungsorientierte Vergütung: Trotz der vergleichsweise hohen Vergütung von Soziotherapie in NRW wird deutlich, dass Leistungserbringende kaum Ressourcen für Kooperations- und Netzwerkarbeit haben. Die bereits von G-BA (2008) und Josuttis (2020) aufgezeigte fehlende Verbreitung von Wissen zur Soziotherapie im Versorgungssystem bestätigt sich auch in der Befragung der Expert:innen und wirkt sich unmittelbar auf den Arbeitsalltag der Leistungserbringenden aus. So fällt oft zusätzlicher Arbeitsaufwand an, um verordnungsberechtigte Fachgruppen durch den Verordnungsprozess zu begleiten. Entsprechende Tätigkeiten, die als Multiplikator:innenarbeit (Blümel et al. 2024) zu verstehen sind, sind bisher in der Vergütung nicht eingepreist. Hinzu kommt, dass ausfallende Sitzungstermine nicht vergütet werden und die finanzielle Situation der Leistungserbringenden zusätzlich belasten.

Aber auch für Verordnende scheinen anfallende Schnittstellen- und Netzwerkarbeit sowie einzukalkulierender Mehraufwand durch die besonderen Bedarfe der Zielgruppe kaum leistbar. Auf beiden Seiten gilt es hier Leistungs- und Vergütungsbedingungen neu zu bewerten.

Aufklärung und Wissensvermittlung: Ergänzend zeigen die Ergebnisse, dass es einer breit angelegten Strategie zur Förderung der Verbreitung von Soziotherapie braucht. Informationskampagnen beziehungsweise -materialien, die sowohl Patient:innen als auch (potenzielle) Leistungserbringende und Verordnende erreichen, stellen eine Voraussetzung dar,

um der Soziotherapie den Schritt aus dem Schattendasein zu ermöglichen.

Anpassung und Prüfung von Verordnungs- und Zulassungsverfahren: Die Ergebnisse der Untersuchung untermauern die Notwendigkeit der Überprüfung und Weiterentwicklung der von verschiedenen Stellen als kritisch bewerteten derzeitigen Verfahren der Verordnungswege und -bedingungen (*Ließem 2017, Berufsverband der Soziotherapeuten e.V.; DVSG 2022, BDP Verband 2024*). Ebenso scheint es angezeigt, die Zulassungsvoraussetzungen für Soziotherapeut:innen bundesweit und kassenübergreifend neu zu bewerten. Das in den Interviews teils geäußerte Anliegen der Öffnung der Leistung für weitere Berufsgruppen ist dabei auch kritisch zu prüfen. Bedeutsam ist, dass Leistungserbringende befähigt sind, Soziotherapie nach §37a SGB V auf Basis fachlich-professioneller Konzepte – wie dem der Sozialtherapie (*Lammel; Pauls 2020*) – anzubieten.

Schlussfolgerung: Soziotherapie kann viele schwer psychisch erkrankte Menschen darin stärken, individuell passende Leistungen des Gesundheitssystems wahrzunehmen und Selbstbestimmung zu erleben. Die Leistung kann sich aber nur bei strukturellen Anpassungen zu der im Gesetz intendierten zugänglichen Leistung für alle Versicherten mit schweren psychischen Erkrankungen entwickeln.

Limitationen und weiterer Forschungsbedarf: Die Befunde erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität, sondern sind als explorative Pilotstudie für weiterführende Studien zur ambulanten Soziotherapie zu betrachten. Insbesondere sind systematische Evaluationsstudien wünschenswert, um die Etablierung und die Weiterentwicklung der ambulanten Soziotherapie zu unterstützen. Dies ist nicht zuletzt deswegen wichtig, weil eine bessere Evidenzbasierung dieser Gesundheitsleistung wesentlich dazu beiträgt, eine ausreichende und passgenaue Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sicherzustellen.

Dieser Beitrag wurde in einem Double-Blind Peer-Review begutachtet und am 21.1.2025 zur Veröffentlichung angenommen.



Prof. Dr. Yvonne Kahl ist Professorin für Sozialraumorientierung und gesundheitsbezogene Soziale Arbeit an der Fliedner Fachhochschule Düsseldorf. E-Mail: kahl@fliedner-fachhochschule.de

Mareike Neubauer ist Sozialarbeiterin (B.A.) und tätig für die GFO Kliniken Niederrhein im St. Vinzenz Hospital Dinslaken. E-Mail: mareike.neubauer@st-vinzenz-hospital.de

Prof. Dr. Mathias Berg ist Professor für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Psychosoziale Beratung an der Katholischen Hochschule NRW in Köln. E-Mail: m.berg@katho-nrw.de

Prof. Dr. habil. Johannes Jungbauer ist Professor für Psychologie an der Katholischen Hochschule NRW in Aachen und leitet dort das Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie (igsp). E-Mail: j.jungbauer@katho-nrw.de

Literatur

Arnold, Helmut; Höllmüller, Hubert: Niederschwelligkeit in der Sozialen Arbeit. Weinheim 2017

Berufsverband der Soziotherapeuten e.V.; DVSG: Positionierung der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG) und des Berufsverbandes der Soziotherapeut_innen e. V. Kein Leistungsausschluss zur Soziotherapie für Patient_innen in den Psychiatrischen-Instituts-Ambulanzen. In: https://dvsg.org/fileadmin/user_upload/DVSG/Veroeffentlichungen/Positionen/Positionierung-DVSG-Berufsverband-Soziotherapeuten-2022-10.pdf (veröffentlicht 2022, abgerufen am 27.9.2024)

BDP Verband – Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen: Dringend benötigte Hilfe für psychisch Erkrankte droht an gesetzlichen Paragraphen zu scheitern. Gemeinsame Pressemitteilung des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. und des Bundesverbandes Soziotherapie e.V. In: <https://www.bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/dringend-benoetigte-hilfe-fuer-psychisch-erkrankte-droht-am-genehmigungsbuero-kratismus-zu-scheitern> (veröffentlicht 2024, abgerufen am 27.9.2024)

Blümel, Stephan; Lehmann, Frank; Hartung, Susanne: Zielgruppen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In: BZgA – Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Berlin 2024

Bramesfeld, Anke: Die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Deutschland aus Perspektive des Gesundheits- und Sozialsystems. Aktuelle Entwicklungsbedarfe. In: Bundesgesundheitsblatt 66/2023, S. 363-370

Bühring, Petra: Ambulante Soziotherapie II: „Viele haben aufgegeben“. In: Deutsches Ärzteblatt 20/2019, A-1006

DAS BACHELOR-STUDIUM DER SOZIALEN ARBEIT | Irrweg im Dickicht des Profes- sionalisierungsdiskurses?

Julia Breuer-Nyhsen 

Gebrände, Julia; Renz, Johanna; Diez, Rebecca; Heidenreich, Thomas: Die Nachweisbarkeit von Wirkungen Klinischer Sozialer Arbeit. Das Forschungsprojekt SODEMA – Soziotherapie bei Müttern mit depressiven Erkrankungen. In: Soziale Arbeit 6-7/2016, S. 229-236

DGPPN – Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde: Versorgung weitergedacht. Weiterentwicklung der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung durch das Krankenhaus. In: https://www.dgppn.de/_Resources/Persistent/5e4a4c12fa547441b1be3adb82b57dacf17a9d9/20241107_DGPPN_Versorgungsmodell.pdf (veröffentlicht 2024, abgerufen am 13.2.2025)

G-BA – Gemeinsamer Bundesausschuss: Ursachen für die Umsetzungsproblematiken in der Soziotherapie. Evaluationsbericht. In: https://www.g-ba.de/downloads/17-98-2516/2008-01-17-Evaluationsbericht-Soziotherapie_korr.pdf (veröffentlicht 2008, abgerufen am 27.9.2024)

G-BA: Evaluationsbericht. Routinedaten-Auswertung zur Evaluation der Neuerungen in der Soziotherapie-Richtlinie. In: https://www.g-ba.de/downloads/17-98-2516/2008-01-17-Evaluationsbericht-Soziotherapie_korr.pdf (veröffentlicht 2020, abgerufen am 27.09.2024)

G-BA: Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Durchführung von Soziotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung (Soziotherapie-Richtlinie/ST-RL) zuletzt geändert am 18. März 2021. In: https://www.g-ba.de/downloads/62-492-2466/ST-RL_2021-03-18_iK-2021-04-01.pdf (veröffentlicht 2021, abgerufen am 27.9.2024)

Göhne, Uta; Becker, Thomas; Salize, Hans-Joachim; Riedel-Heller, Steffi G.: Wie viele Menschen in Deutschland sind schwer psychisch krank? In: Psychiatrische Praxis 8/2015, S. 415-423

Heidenreich, Thomas; Gebrände, Julia; Renz, Johanna; Noyon, Alexander; Zinnöcker, Michaela; Hautzinger, Martin: Improving social functioning in depressed mother. Results from a randomised controlled trial. In: European Journal of Social Work 1/2018, S. 1-14

Josuttis, Jens: Umsetzungshindernisse der Soziotherapie in Deutschland. Höchberg bei Würzburg 2020

KBV – Kassenärztliche Bundesvereinigung: PraxisWissen. Soziotherapie. Hinweise zur Verordnung für Ärzte und Psychotherapeuten. Berlin, 2020

Lammel, Ute Antonia; Pauls, Helmut: Sozialtherapie. Sozialtherapeutische Interventionen als dritte Säule der Gesundheitsversorgung. Dortmund 2020

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim 2022

Ohling, Maria: Ambulante Soziotherapie mit psychisch Kranken. In: Lammel; Ute Antonia, Pauls; Helmut (Hrsg.): Sozialtherapie. Sozialtherapeutische Interventionen als dritte Säule der Gesundheitsversorgung. Dortmund 2020, S. 128-136

Schatzman, Leonard; Strauss, Anselm L.: Field research. Strategies for a natural sociology. Englewood Cliffs 1973

Witzel, Andreas; Reiter, Herwig: Das problemzentrierte Interview – eine praxisorientierte Einführung. Weinheim 2022

Zusammenfassung | Der Beitrag stellt zusammenfassend die Ergebnisse einer Dissertation dar, die sich mit der Frage befasst, inwiefern die von den HAW formulierten Studienziele in Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit erreicht werden. Die Befunde zeigen den Bedarf auf, sowohl didaktische als auch hochschulpolitische Diskussionen deutlich zu intensivieren und insbesondere Fragen des Verhältnisses unterschiedlicher Disziplinen sowie politische Bildung im Studium zu stärken.

Abstract | The article summarizes the results of a dissertation that deals with the question of the extent to which the study objectives formulated by the HAW are achieved in Bachelor's degree courses in social work. The findings show the need to significantly intensify both didactic and higher education policy discussions and, in particular, to strengthen questions of the relationship between different disciplines and political education in the study programs.

Schlagwörter ► Bachelor ► Soziale Arbeit
► Professionalisierung ► Curriculum

doi.org/10.5771/0490-1606-2025-4-129

1 Einleitung | Ein großer Teil künftiger Fachkräfte für die Soziale Arbeit wird an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) ausgebildet (Klomann 2022, S. 313) und soll damit für ein bestimmtes Berufsbild vorbereitet werden. Zentral für die Gestaltung des Studiums ist also die aus professionstheoretischer Perspektive zu beleuchtende Frage, wie Hochschulen dazu beitragen können, dass künftige Fachkräfte zu professionellem Handeln befähigt werden. Weitestgehend geteilt sind die Grundannahmen der Überlegungen von *Bernd Dewe* und *Hans-Uwe Otto*, nach denen Professionelle in der Sozialen Arbeit Handlungssituationen zu bewältigen haben, die durch Komplexität, Unvorhersehbarkeit und einen

hohen Handlungsdruck geprägt sind (2018, S. 197 f.). Dem sollen Fachkräfte begegnen, indem sie unterschiedliche Wissensformen kontextualisierend und situativ angemessen relationieren (Dewe; Otto 2012, S. 9). Dies schließt ein partizipatives Vorgehen, das von Seiten der Fachkräfte durch demokratische Rationalität geprägt ist, ein (*ebd.*, S. 207). Über diese Strukturmerkmale hinaus sollen ethische Überlegungen das professionelle Handeln leiten (DBSH 2014, S. 5). Und schließlich müssen Fachkräfte in der Lage sein, dies alles aus einer spannungsvollen Position innerhalb gegenwärtiger wohlfahrtsstaatlicher Arrangements heraus zu tun (Kessl; Otto 2009, S. 9), also eine bewusste Haltung zu normativen und strukturellen Rahmungen entwickeln. Empirisch ist die Frage, inwiefern die Ziele des Hochschulstudiums erreicht werden, weitgehend ungeklärt: „Empirische Studien, die in Bezug auf die unterschiedlich qualifizierten Akteur*innen im Feld der Sozialen Arbeit belastbar ausweisen, ob und wenn in welchem Umfang berufliche oder akademische Qualifizierungen mehr oder weniger berufliche Professionalität hervorbringen, fehlen bislang“ (Thole 2020, S. 25). Vorliegende Forschungsarbeiten zu Teilaufgaben dieser Frage sind überwiegend ernüchternd: So zeigt sich mit gewisser Regelmäßigkeit, dass beispielsweise der Prozess der Wissenstransformation nur teilweise beziehungsweise selten gelingt (zum Beispiel Harrer-Amersdorffer 2022, Auner 2023). Thomas Harmsen (2014, S. 119) fasst zusammen, dass das Bachelor-Studium Sozialer Arbeit zwar grundsätzlich einen ersten Beitrag zur Entstehung professioneller Identität leisten könne – wissenschaftliches Wissen von Studierenden jedoch meist nur dann als relevant erachtet wird, wenn es in der Praxis direkt anwendbar ist (*ebd.*, S. 117 ff.). Diese, sich von Beginn des Studiums an abzeichnenden, unterkomplexen Erwartungen der Studierenden an das Verhältnis von theoretischem und praktischem Wissen scheinen sich – so Oestreich und Unterkofler (2017, S. 147) – auch im Laufe des Studiums nicht wesentlich zu verändern. Unterschiedliche Studien zeigen, dass professionelles Handeln in der Praxis zudem stark auf Alltags- und biografischen Erfahrungen basiert und weniger auf fachlichem und wissenschaftlichem Wissen (Graßhoff, Schweppe 2009, S. 308, Brielmaier 2019, S. 359, Klonmann et al. 2019).

In meiner Dissertation habe ich mich vor diesem Hintergrund mit der Frage beschäftigt, inwiefern sich

in der (fiktiven) Fallbearbeitung durch Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit die als zentrale Aspekte gegenwärtiger professioneller Praxis herauszuarbeitenden Elemente Reflexiver Professionalität zeigen (Breuer-Nyhsen 2023, S. 107 ff.). Dabei interessierte insbesondere die Nutzung abstrakter Theoriewissens, das als Haltungswissen im Rahmen der Fallbearbeitung heranzuziehen ist. Statt der Überprüfung der erfolgreichen Vermittlung theoretischen Wissens stand damit die Frage des (reflexiven) Umgangs mit diesem Wissen, den Bernd Dewe (2009, S. 56 f.) unter dem Begriff des Reflexionswissens subsumiert.

2 Forschungsdesign und -methodik | Die in diesem Beitrag zusammenfassend vorgestellte Studie ist in einem mixed methods Design angelegt (Kuckartz 2014) und besteht aus drei Elementen.

2-1 Fragebogen mit Fallvignetten | Aus 25 Hochschulen für angewandte Wissenschaften in staatlicher oder kirchlicher Trägerschaft beteiligten sich 633 Studierende am Ende ihres Studiums an der Fragebogenstudie. Nach einer Bereinigung des Samples um Studierende, die sich nicht (wie als Kriterium festgelegt) im letzten Semester der Regelstudienzeit eines Bachelorstudiums Sozialer Arbeit befanden sowie jene, die die Bearbeitung des Fragebogens bereits nach der ersten Seite abbrachen, umfasste das Sample 449 Teilnehmende. Da die Faktor- und Clusteranalyse Variablen heranzieht, die aus unterschiedlichen Abschnitten beider Fallvignetten stammen, wurden jedoch nur 232 Datensätze zur Auswertung berücksichtigt, um die Aussagekraft der Ergebnisse zu stärken. Diese endgültige Stichprobe beinhaltet die Datensätze aller Befragten, die beide Fallvignetten vollständig bearbeitet haben und zum Zeitpunkt der Befragung am Ende des letzten Fachsemesters der Regelstudienzeit oder eines höheren Semesters standen.

Es wurden zwei Vignetten erstellt, die auf Fallbeschreibungen aus der realen Praxis Sozialer Arbeit basieren. Die gewählten Situationen aus zwei verschiedenen Handlungsfeldern (Allgemeine Sozialberatung und Schulsozialarbeit) provozieren eine Positionierung der Befragten bezüglich professionsethischer Fragen und sind auch für noch unerfahrene Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen verständlich, zugänglich und bearbeitbar. In diesem Beitrag wird die erste Vignette herangezogen. Sie legt

großes Gewicht auf das Spannungsverhältnis unterschiedlicher Interessen und berührt die Frage nach der Bewertung des Verhaltens der Adressatin und ihrer ‚Deservingness‘ (van Oorschot; Roosma 2017) sowie möglicher Pflichten gegenüber ‚der Gesellschaft‘ als Empfängerin sozialstaatlicher Leistungen.

Vignette 1:

Du arbeitest als sozialpädagogische Fachkraft in der allgemeinen Lebensberatung eines Wohlfahrtsverbandes. Der Dienst bietet Beratung und ggfs. Kontaktaufnahme / Vermittlung zu anderen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen in schwierigen Lebenslagen an. In Deine offene Sprechstunde kommt eine junge Frau (ca. 20 Jahre). Sie berichtet, dass sie Arbeitslosengeld II beziehe (Hartz IV)¹. Sie wohne bei ihren ebenfalls Transferleistungen beziehenden Eltern, möchte dort aber aus- und mit ihrem Freund zusammenziehen. Das Jobcenter verweigere jedoch die Finanzierung der anteiligen Miete. Weiterhin erzählt sie, dass sie nach ihrer mittleren Reife keinen Ausbildungsplatz für ihren Wunschberuf der KFZ-Mechanikerin gefunden habe und nun auf Anraten des Jobcenters im zweiten Jahr einer Ausbildung zur Bürokauffrau sei. Dort gehe sie aber nicht regelmäßig hin, weil ihr das alles keinen Spaß mache und sie in dem Beruf ohnehin nie arbeiten wolle. Nun bekomme sie ‚Stress‘ von allen Seiten: Ihre Ausbilder:innen im Betrieb, das Jobcenter, ihre Eltern, alle wollen, dass sie ihre Ausbildung zügig und erfolgreich abschließe, und drohen mit unterschiedlichen Konsequenzen, sollte sie weiterhin nicht kooperieren. Die junge Frau sagt, sie halte das alles nicht mehr aus, bittet Dich um Hilfe und wirkt dabei verzweifelt. Sie kann oder möchte eine weitere Konkretisierung ihres Anliegens bzw. eines Auftrages aber nicht vornehmen.

Im den Studienteilnehmer:innen vorgelegten Fragebogen folgen auf die Fallvignette zunächst Fragen, die die Deutung der vorgestellten Situation in den Mittelpunkt rücken. Dabei geht es beispielsweise um eine Einschätzung, ob von einer Verletzung grundlegender Rechte der Adressat:in ausgegangen oder eher ein mangelndes Durchhaltevermögen der jungen Frau vermutet wird. Auch die Priorisierung unterschiedlicher Deutungen hinsichtlich stärker individu-

alisierender oder stattdessen stärker die strukturelle Ebene fokussierender Verursachungszusammenhänge wird erfragt. Anschließend werden unterschiedliche Handlungsoptionen für die ersten Schritte im Rahmen der skizzierten Beratungssituation angeboten, die ebenfalls insbesondere die Frage nach individualisierenden, adressat:innen- oder rechteorientierten Vorgehensweisen in den Blick nehmen.

2-2 Vertiefende Einzelinterviews | Mit je drei Befragten aus zwei der beschriebenen Antwortgruppen aus der Fragebogenstudie wurden vertiefende problemzentrierte Einzelinterviews geführt (Witzel 2000). Ziel war es, eine tiefergehende Beschreibung der Cluster zu erreichen. Im Mittelpunkt der leitfadengestützten Gespräche standen dabei zwei Teilfragen: Welche ergänzenden Aussagen lassen sich auf Grundlage der Erzählungen der Interviewpartner:innen im Hinblick auf die Professionalitätsentwicklung der zwei kontrastierenden Gruppen machen? Und welche Begründungen und Motive für das Antwortverhalten im Fragebogen und Zusammenhänge zum Studium der Befragten können anhand der Antworten herausgearbeitet werden?

2-3 Analyse der Modulhandbücher | Mit der Untersuchung der Modulhandbücher der beteiligten Hochschulen wurde evaluativ (Kromrey 2004) erhoben, inwiefern den aus dem Fragebogen und in den vertiefenden Einzelinterviews sich abzeichnenden zentralen Aspekten der Professionalitätsentwicklung im Studium der Sozialen Arbeit curricular begegnet wird.

3 Ergebnisse | 3-1 Fragebogen mit Fallvignetten | Die Positionierung von Fachkräften innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Arrangements lässt sich als zentrales Element sozialpädagogischer Professionalität herausarbeiten (Breuer-Nyhsen 2023, S. 107 ff.) Eine Hauptkomponentenanalyse mit den Daten der Fragebogenstudie mit Fallvignetten stärkt diese Annahme. Eine darauf aufbauende Clusteranalyse zeigt, dass sich das Sample entlang dieser Frage in drei Antwortgruppen unterteilen lässt, die klar voneinander abgrenzbar sind:

Die erste Gruppe umfasst mit 71 Personen etwas weniger als ein Drittel der Befragten (30,6 Prozent) und präsentiert sich konsequent rechte- und adresat:innenorientiert sowie kritisch gegenüber der gegenwärtig vorherrschenden aktivierenden Sozialpoli-

¹ Zum Zeitpunkt der Erhebung war die Reform hin zum ‚Bürgergeld‘ noch nicht vollzogen.

istik. Im Fragebogen integrierte Angebote, auf fehlende Informationen zu verweisen oder die Zuspitzung der Fallkonstellation und damit die Erhöhung des Handlungsdrucks, bringen diese Haltung nicht ins Wanken. Die angebotene vorschnelle Beurteilung individueller Kompetenzen vermeiden diese Befragten überwiegend. In ihren Handlungsvorschlägen lehnen sie konsequent individualisierende Antwortoptionen ab und präferieren stattdessen Verhältnisse gestaltende Angebote. Eine Unterstützung bei der Durchsetzung der Rechte der Adressatin wird beispielsweise klar befürwortet, mit individuelle Kompetenzen fokussierenden Vorschlägen wird dagegen zurückhaltend umgegangen. Es kann als Hypothese die Annahme formuliert werden, dass diesen Studierenden die in den Modulhandbüchern ihrer Hochschulen als Lernziel formulierte Transformation ihres Wissens im Sinne einer Reflexiven Professionalität zu gelingen scheint.

Gruppe zwei (12,5 Prozent) zeigt ein Antwortverhalten, das eine deutliche Orientierung an aktivierender und neoliberal² geprägter Sozialpolitik aufweist. Die Verantwortung für die vorgelegte und als problematisch erlebte Fallsituation wird durchgehend den mangelnden Kompetenzen der Adressatin zugeordnet, entsprechend werden als Handlungsvorschläge auf der individuellen Ebene verbleibende, kompetenzerweiternde Optionen gewählt. Sozialpolitische Rahmungen werden dagegen als ursächlich für die beschriebenen Situationen entweder nicht wahrgenommen, als unveränderbar hingenommen oder affirmativ befürwortet. Aus ihrer Annahme, dass ALG II-Empfänger:innen als „junge Menschen in dieser sozialen Lage“ besonders häufig Schwierigkeiten haben, Herausforderungen mit dem nötigen Durchhaltevermögen zu meistern, schließen diese Befragten beispielsweise konsequent auf den Vorschlag, vor allem motivierend und individuelle Kompetenzen ausbauend zu agieren. Durchgehend wird als Auftrag an die Soziale Arbeit zudem die Aufgabe angenommen, der jungen Adressatin aus der Fallvignette deutlich zu machen, dass sie als Leistungsempfängerin eine Verantwortung gegenüber der Solidargemeinschaft trage und deshalb ihre Ausbildung unab-

2 Der Begriff ‚neoliberal‘ ist in diesem Beitrag als historisch auf andere Formen des Liberalismus folgend gemeint und liefert eine Umschreibung eines bestimmten Verhältnisses von Gesellschaftsform, Sozialpolitik und Sozialer Arbeit (Biebricher 2012).

hängig von ihren persönlichen Vorlieben und Zielen zunächst abschließen sollte. Insbesondere der sich zuspitzende Fallverlauf, also ein vermeintliches Scheitern sozialarbeiterischer Intervention, zeigt für diese Befragten, dass das zentrale Problem bei der Adressatin und ihrer unzureichenden Kompetenzausstattung liege.

Die dritte und mit 56,9 Prozent größte Gruppe verhält sich hinsichtlich der untersuchten Faktoren inhaltlich nicht konsistent, ihr Antwortverhalten scheint zunächst ambivalent. Diese Befragten nehmen beispielsweise durchaus zu Beginn einer Situationsdeutung die Rechte der beschriebenen Adressatin in den Blick. Sie greifen dann aber überwiegend auf individualisierende Erklärungs- und Handlungsvorschläge zurück. Die im Fragebogen aufgeworfenen Angebote zur Relativierung und bewusst herbeigeführte Zuspitzungen, die den Handlungsdruck erhöhen, werden vereinfachend und individualisierend aufgegriffen. Eine zunächst teilweise noch kritische Haltung gegenüber einschränkenden oder sanktionsierenden Erklärungen erweist sich als instabil. Es entsteht der Eindruck, dass die in ersten deutenden Antworten durchscheinenden Überzeugungen oft lediglich Worthülsen sind, die oberflächlich rezipierte Wissensbestände aus dem Studium schlagwortartig in den angebotenen Antwortoptionen als erwünscht identifizieren. Ein konsistentes kritisch-reflexives Verständnis scheint nicht entwickelt zu sein und die Transformation in Professionswissen anhand der dargebotenen Praxissituationen erfolgt nicht.³

3-2 Vertiefende Einzelinterviews | Anhand der oben beschriebenen Auswertung der quantitativen Daten aus der Fragebogenstudie konnte eine Typisierung der Befragten und eine erste Charakterisierung unterschiedlicher Gruppen vorgenommen werden. Die ersten beiden der drei Antwortgruppen wurden mithilfe der Einzelinterviews vertiefend analysiert. Da sie hinsichtlich ihrer Positionierung inner-

3 Neben den Fallvignetten werden im Fragebogen auch die Häufigkeit und Intensität der Auseinandersetzung mit bestimmten Studieninhalten erfragt. Zudem wird als Kontrollgruppe die Kohorte der Studienanfänger:innen befragt, um das Studium überhaupt als Faktor für die Professionalitätsentwicklung unterstellen zu können. Beide Aspekte werden hier angesichts der Kürze des Beitrags nicht ausgeführt, siehe dazu Breuer-Nyhsen 2023.

Abbildung 1: Übersicht über die Antwortgruppen der Fragebogenstudie

Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
<ul style="list-style-type: none"> ▲ Rechte- und adressat:innenorientiert ▲ Nicht-affirmativ gegenüber neoliberaler Sozialpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Individualisierend ▲ Neoliberaler Sozialpolitik reproduziert und/oder befürwortend 	<ul style="list-style-type: none"> ▲ Ambivalent ▲ Inhaltlich inkonsistent

halb wohlfahrtstaatlicher Arrangements je an den äußeren Rändern des Samples liegen, sich also entweder eindeutig kritisch oder eindeutig affirmativ zur gegenwärtigen neoliberal geprägten, aktivierenden Sozialpolitik positionieren, versprachen diese Befragten über die quantitative Analyse hinaus Hinweise zu Gelingensfaktoren und Hürden im Prozess der Professionalitätsentwicklung im Sinne einer kritisch-reflexiven Sozialen Arbeit, wie sie von *Bernd Dewe* und *Hans-Uwe Otto* beschrieben wird. Mit den vertiefenden Interviews sollen diese Gruppen nun näher beschrieben werden (*Kruse 2015*, S. 240 f.). Unter den Befragten der ersten und zweiten Antwortgruppe wurden dafür je drei leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews (*Witzel 2000*) geführt, die Ergebnisse werden nachfolgend zusammenfassend dargestellt. Zur Orientierung findet sich in Abbildung 1 eine Übersicht über die drei Antwortgruppen.

Die Interviewpartner:innen der ersten Gruppe berichten alle von persönlichen Haltungen und Einstellungen, die sie aus ihrer Erziehung, Sozialisation oder biografischen Erfahrungen mitgebracht haben und die bereits vor dem Studium wichtig für sie waren. Im Studium der Sozialen Arbeit konnten sie an diese Haltungen zunächst problemlos anschließen. Als entscheidend hat sich jedoch gezeigt, dass sie sich offen für Irritationen dieser Vorannahmen zeigten. Zwei zentrale Voraussetzungen, die *Pierre Bourdieu* für eine erfolgreiche Habitus-Entwicklung im Zusammenhang mit dem Eintritt in ein neues soziales Feld formuliert, finden sich damit wieder. Die Nähe beziehungsweise Anschlussfähigkeit des mitgebrachten Habitus zum künftigen Feld ist ebenso wichtig wie die Offenheit für seine Veränderung: „Was Neulinge in Wirklichkeit mitbringen müssen, ist nicht der stillschweigend oder ausdrücklich geforderte Habitus, sondern ein praktisch kompatibler oder hinreichend nah verwandter und vor allem flexibler und in einen konformen Habitus konvertierbarer, kurz: kongruenter und biegsamer und somit einer möglichen Um-

formung zugänglicher Habitus“ (*Bourdieu 2001*, S. 126). Die Befragten berichten von einer deutlichen Reifung ihrer (Vor-)Annahmen hinsichtlich der Komplexität und einer Differenzierung und Weitung ihres Blicks auf Gegenstände und Adressat:innen der Sozialen Arbeit. In das Studium mitgebrachte ‚Gewissheiten‘ wurden teilweise infrage gestellt und verändert. Bei der Begründung ihres Antwortverhaltens im Fragebogen greifen diese Befragten überwiegend auf abstraktes Theorie- und Haltungswissen zurück und betonen dessen hohe Relevanz für die eigene Professionalitätsentwicklung. Sie nutzen dabei verschiedene Theorieangebote, können diese kontrastieren und identifizieren sich mit der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit. „Auf jeden Fall, ja, die Herangehensweisen, wie man mit diesen Ungerechtigkeiten als Gesellschaft umgehen könnte, das hat sich, das ist gereift mit der Beschäftigung mit Gerechtigkeitstheorien und auch mit den Einblicken in Arbeitsweisen von Sozialarbeiterinnen wie dem ASD [...] durch dieses Erkennen von den komplexen Lebenslagen, den komplexen Problemlagen, die halt komplexe Lösungen erfordern, ist dann auch das Bild gereift. Ich habe das früher für simpler gehalten, sage ich mal. Ja, man muss ja nur so mit den Menschen umgehen und dann passt das schon. Im Prinzip hat sich mein Gerechtigkeitsverständnis nicht groß geändert aber die Herangehensweise. (Interview 3, Z. 92-99)

Unterschiede zeigen sich innerhalb dieser Gruppe insbesondere in der Fähigkeit, die genutzten Wissensbestände explizit zu benennen und bestimmten Personen und Theorieansätzen zuzuordnen. Gemeinsam haben diese Befragten, dass für sie aus der intensiven Auseinandersetzung mit den genutzten Wissensbeständen während des Studiums eine kritische Sicht auf aktuelle Sozialpolitik und eine bewusste Beachtung und Unterscheidung der individuellen, organisationalen sowie gesellschaftlichen Ebene in der Falldeutung und -bearbeitung folgt. Als professionelle Haltung verstehen diese Gesprächspartner:innen ei-

nen bewusst vorurteilssensiblen, anwaltschaftlichen und gesellschaftskritischen Umgang mit ihren Adressat:innen. Mit Blick auf das Studium heben sie die Möglichkeit als besonders lehrreich hervor, ihr Theoriewissen anhand der diskursiven Auseinandersetzung mit Praxiserfahrungen oder Fallbeispielen zu reflektieren und sich darüber auszutauschen. In solchen Lehrformaten hat sich für sie die Relevanz ihres Theoriewissens gezeigt und ein Raum zur Erprobung seiner Nutzbarmachung eröffnet. „*Also das, das Theoretische, was man lernt quasi anzuwenden, zu üben und andersrum dann wieder das Praktische, was man erlebt, quasi dann theoretisch wieder einzuordnen.*“ (Interview 2, Z. 269-270)

Diese Gruppe bestätigt damit die Annahme Karin Böllerts (2020, S. 56), die festhält: „Fachlichkeit ist auf Fachkräfte angewiesen, die bereits in ihrem Studium die Erfahrung von Diskursivität machen können, die bspw. Möglichkeiten vorfinden, begleitete Praktika als erste Anwendungsfälle von Wissenschaft zu erfahren und auswerten zu können, die an kasuistischen Übungen als vorweggenommenes praktisches Handeln teilnehmen, für die Studieninhalte nicht mehr oder wenig beliebig erscheinen müssen.“

Auch die Befragten der zweiten Gruppe berichten von bestimmten Haltungen und Einstellungen, die sie in ihr Studium der Sozialen Arbeit mitgebracht haben und an die das Studium angeschlossen hat. Allerdings wurden diese Vorannahmen nicht irritiert und infrage gestellt, sondern vielmehr bestätigt und gefestigt, ihre Wissensnutzung scheint sich auch an diesem Kriterium zu orientieren: Diese Interviewpartner:innen ziehen solches Wissen (meist selektiv und bruchstückhaft) heran, das ihre Vorannahmen bestätigt und stärkt. Diese drei Befragten haben gemeinsam, dass sie abstrakteres Theoriewissen nicht für die Begründung ihrer Bearbeitung der Fallvignetten im Fragebogen nutzen können und es auch unabhängig davon nicht als relevantes Wissen für ihre professionelle Praxis benennen oder umschreiben. Als zentral für das eigene professionelle Handeln erweist sich stattdessen stark handlungsbezogenes bezugswissenschaftliches Wissen, insbesondere rechtliche Kenntnisse und (entwicklungs-)psychologisches Wissen, dem sie durchgehend unkritisch begegnen. „*Ja, auf jeden Fall die, ganz stark die psychologische Komponente. [...] in dem Fall, wenn man dann sich jetzt Informationen eingeholt hat und auch hört, sie*

hat das abgebrochen und das abgebrochen. Liegt ja schon irgendwo nahe, ok, vielleicht hat sie nicht so das Durchhaltevermögen.“ (Interview 5, Z. 340-343)

Es zeigt sich eine deutliche Distanz dieser Gruppe zur Disziplin Sozialer Arbeit. Nur auf Nachfrage nach ihrem Professionsverständnis benennen diese Befragten die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, nutzen diesen Begriff jedoch verkürzt als Sammelbegriff für eine vage Idee der eigenen Aufgabe als ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ oder Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens. Aus dieser Positionierung ihres Verständnisses von sozialarbeiterischer Professionalität ergibt sich für die Befragten eine Fallbearbeitung, die überwiegend auf der individuellen Ebene ansetzt und hier Kompetenzen stärken will. Sozialpolitische Rahmenbedingungen werden dagegen als nahezu ‚naturgegeben‘ hingenommen und erst auf intensive Nachfrage auch kritisch diskutiert. „*Ja, also das ist auch dieses Prinzip ‚fordern und fordern‘. Also fordern, wo es halt geht aber auch diese Eigenständigkeit zu fordern, dass man sich halt auch nicht, ich sage jetzt mal auf die faule Haut legt. Weil, wenn, wenn eben der Staat oder die Behörden, zuständiges Jobcenter eben sieht, da kommt nichts. Dann kann man ja auch Leistungen kürzen. Und das ist halt dieses Prinzip ‚fordern und fordern‘. Weshalb ich auch dann gesagt habe, ok, sie muss, sie muss Eigeninitiative auch irgendwo zeigen.*“ (Interview 5, Z. 321-327)

Im Laufe des Gesprächs mit einem Schwerpunkt auf der Begründung ihres Antwortverhaltens bei der Bearbeitung der Fallvignetten ersetzen alle drei Befragten dieser Gruppe das zuvor genutzte Wissen durch persönliche Meinungsaußerungen oder Bezugse zur eigenen Biografie und beanspruchen ihre individuellen Meinungen und Erfahrungen als Maßstab für ihr Handeln als Professionelle. „*Und dann habe ich mir aber auch gedacht, aus eigener Erfahrung weiß ich, dass sich das Durchhalten manchmal lohnt, und auch wenn es schwierig ist, dass man da auch eine Stärke daraus, herausziehen kann, und dass es vielleicht auch wichtig ist, das irgendwie zu vermitteln.*“ (Interview 4, Z. 293-295)

Die Interviews zeigen, dass die Möglichkeit, selektiv einzelne Wissensbestände als ‚Inselwissen‘ heranzuziehen, andere dagegen auszublenden, eine teilweise durchaus wissensbasierte, zugleich aber

unkritische Haltung gegenüber aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen und eine individualisierende und autoritäre Fallbearbeitung hervorbringen kann. Das Abstraktionsniveau des herangezogenen Wissens und die Möglichkeiten seiner Einordnung in übergeordnete Wissensbestände erweisen sich zusammenfassend als zentrale Aspekte im Hinblick auf die Professionalitätsentwicklung im Studium der Sozialen Arbeit: Wird das im Studium angeeignete Wissen in abstraktere Theorieangebote eingeordnet, scheint die Entwicklung einer kritisch-reflexiven Grundhaltung und deren Niederschlag in der (fiktiven) Praxis zu gelingen. Wird stattdessen rein bezugswissenschaftliches Wissen mit niedrigerem Abstraktionsgrad herangezogen und dieses auch nicht in disziplineigene Zusammenhänge eingeordnet, lässt es sich für eine unkritische, unreflektierte Haltung und Fallbearbeitung heranziehen und steht damit der angestrebten Professionalitätsentwicklung entgegen.

3-3 Analyse der Modulhandbücher | Die Analyse der Modulhandbücher zielt auf ihre Bewertung hinsichtlich der Einordnung des zu vermittelnden Wissens in die benannten übergeordneten Zusammenhänge, des Vorkommens von Lehrveranstaltungen, die sich der systematischen Reflexion von Praxiserfahrungen im Lichte des Theoriewissens der Studierenden widmen sowie kasuistischer Lehrangebote. Die Ergebnisse zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in jedem der analysierten Modulhandbücher Angebote zu finden sind, die Studierenden die Möglichkeit bieten, ihr Wissen in grundlegende ethische, wissenschaftstheoretische, historische oder disziplineigene Überlegungen einzuordnen. Potenziell werden Räume für die Entwicklung einer fundierten professionellen Haltung im Sinne einer Reflexiven Professionalität bereitgestellt. Viele Beschreibungen legen jedoch eine Nutzung insbesondere bezugswissenschaftlichen Wissens nahe, die losgelöst von diesen Grundlagen scheint. Eine eindeutige, explizit normative Positionierung der Fachbereiche bleibt zudem bis auf wenige Ausnahmen aus. Die analysierten Modulhandbücher bieten also einerseits die im disziplinären Diskurs ausgehandelte und angestrebte Möglichkeit zur Professionalitätsentwicklung an, eröffnen jedoch auch alternative, insbesondere individualisierende Deutungsmuster präferierende Formen der Wissensnutzung (siehe auch Burzlaff 2022, S. 245 ff.).

4 Fazit | Die skizzierte Studie hat gezeigt, dass aktuell in Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit an HAW weniger als ein Drittel der Studierenden die in den Modulhandbüchern formulierten Studienziele erreicht. Dieser Befund legt eine Diskussion um die Qualität des Studiums nahe, die sowohl didaktische als auch grundlegende hochschulpolitische Fragen einbeziehen muss. Erste (sicher noch zu ergänzende) Diskussionsimpulse lassen sich direkt aus den vorgestellten Ergebnissen ableiten: Es wurde deutlich, dass ein Entwicklungsbedarf in der Hochschullehre besteht, der darauf abzielt, Studierende besser als bislang dabei zu unterstützen, die Vielzahl unterschiedlicher Wissensbestände in ein stabiles Fundament disziplinären Wissens einzuordnen. Damit steht das Verhältnis verschiedener bezugswissenschaftlicher und disziplineigener Lehrinhalte erneut zur Debatte. Unterschiedliche Abstraktionsgrade und Funktionen von Wissensbeständen müssen fachlich begründet miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Zugleich bedarf es der Bereitschaft aller Lehrender, Lehrinhalte anderer Disziplinen zu kennen, diskursiv in Relation zu eigenen Inhalten zu setzen und damit für die Studierenden Räume zu schaffen, in denen der geforderte Umgang mit unterschiedlichen Perspektiven erprobt werden kann.

Es hat sich zudem gezeigt, dass ein Bewusstsein über ein professionelles Handeln innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Arrangements mit den damit verbundenen Paradoxien und offenen Fragen kaum ausgeprägt ist. Daraus folgt die Anforderung, sich einer Kritischen Sozialen Arbeit auch in der Lehre zu verschreiben. Das Verhältnis von Staat, Sozialpolitik und Sozialer Arbeit muss zentrales Thema der Hochschullehre sein.

Darüber hinaus bedarf es einer Selbstvergewisserung der Fachbereiche der Sozialen Arbeit als Akteur:innen einer Kritischen Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund der eigenen Verstrickung der Hochschulen in einen zunehmend wettbewerblich organisierten Bildungsmarkt. Diese läuft den disziplinär geforderten Studienzielen nicht weniger zuwider als die we-

4 Bislang liegen kaum Erkenntnisse darüber vor, inwiefern die Modulhandbücher das Handeln der Lehrenden tatsächlich beeinflussen (Koch-Priewe; Hammer 2017, S. 220). Es kann hier also nur auf formuliert Ziele, nicht aber auf kausale Zusammenhänge zu Studienerfolgen verwiesen werden.

nig demokratische Prägung des Schulsystems, dem die Studierenden entstammen. Soll an den in den Modulhandbüchern der Bachelorstudiengänge formulierten Zielen festgehalten werden, ist also über didaktische Überlegungen hinaus eine wesentlich grundlegendere Diskussion und Transparenz hinsichtlich der Zielsetzungen von Hochschullehre innerhalb gegenwärtiger wohlfahrtsstaatlicher Arrangements gefragt.

Dieser Beitrag wurde in einem Double-Blind Peer-Review begutachtet und am 19.12.2025 zur Veröffentlichung angenommen.

Dr.in Julia Breuer-Nyhsen ist Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin, Lehrkraft für besondere Aufgaben am Fachbereich Sozialwesen der katho NRW und Projektreferentin beim DiCV Aachen. E-Mail: j.breuer-nyhsen@katho-nrw.de

Literatur

Auner, Carolin: How do Social Work Students Navigate Professional Practice Situations? Exploring Student Strategies, Challenges and Influential Factors. A Grounded Theory Study. München 2023

Böllert, Karin: Im Dickicht der Studiengänge Soziale Arbeit verschwindet die Profession oder: auf der Suche nach dem wissenschaftlich ausgebildeten Praktiker. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Wie geht's weiter mit Professionalisierung und Ausbildung in der Sozialen Arbeit? Lahnstein 2020, S. 49-62

Bourdieu, Pierre: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main 2001

Breuer-Nyhsen, Julia: Haltungswissen als disziplinärer Kern. Ein empirischer Zugang zu Deutungs- und Handlungsmustern der Absolvent:innen von Bachelorstudiengängen der Sozialen Arbeit an Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Bielefeld 2023

Brielmairer, Julia: Berufstätige Sozialarbeitende und die Theorien der Sozialen Arbeit – empirische Befunde. In: neue praxis 6/2019, S. 527-543

Burzlaff, Miriam: Selbstverständnisse Sozialer Arbeit. Individualisierungen – Kontextualisierungen – Policy Practice. Eine Curriculaanalyse. Weinheim 2022

DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (Hrsg.) (2014): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte. Forum Sozial 4/2014. Berlin 2014

Dewe, Bernd: Reflexive Professionalität. Maßgabe für Wissenstransfer und Theorie-Praxis-Relationierung im Studium der Sozialarbeit. In: Riegler, Anna; Hojnik, Sylvia; Posch, Klaus (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Profession und Wissenschaft. Wiesbaden 2009, S. 47-63

Dewe, Bernd; Otto, Hans-Uwe: Reflexive Sozialpädagogik. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. Wiesbaden 2012, S. 197-217

Dewe, Bernd; Otto, Hans-Uwe: Professionalität. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans; Treptow, Rainer; Ziegler, Holger (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München 2018, S. 1203-1213

Edler, Kurt: Demokraten fallen nicht vom Himmel! Wie Schule zu einem demokratischen Zusammenleben beitragen kann. Ein Kommentar. In: <https://kurzlinks.de/o66k> (veröffentlicht 2013, abgerufen am 26.2.2025)

Graßhoff, Gunther; Scheppe, Cornelia: Biographie und Professionalität in der Sozialpädagogik. In: Becker-Lenz, Roland; Busse, Stefan; Ehler, Gudrun; Müller, Silke (Hrsg.): Professionalität in der Sozialen Arbeit. Standpunkte, Kontroversen, Perspektiven. Wiesbaden 2009, S. 307-318

Harmsen, Thomas: Professionelle Identität im Bachelorstudium Soziale Arbeit. Konstruktionsprinzipien, Aneignungsformen und hochschuldidaktische Herausforderungen. Wiesbaden 2014

Harrer-Amersdorffer, Jutta: Fachliches Handeln in der Fallarbeit. Eine empirische Studie über den Stand der Sozialpädagogischen Familienhilfe. Opladen, Berlin und Toronto 2022

Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim 2009

Klomann, Verena: Fachkräfte(bedarf) und Hochschulausbildung – Möglichkeiten und Grenzen. In: Jugendhilfe 4/2022, S. 312-320

Klomann, Verena; Schermaier-Stöckl, Barbara; Breuer-Nyhsen, Julia; Grün, Alina: Professionelle Einschätzungsprozesse im Kinderschutz. Forschungsbericht. Köln 2019

Kromrey, Helmut: Qualität und Evaluation im System Hochschule. In: Stockmann, Reinhard (Hrsg.): Evaluationsforschung. Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen 2004, S. 223-258

Kruse, Jan: Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim und Basel 2015

Kuckartz, Udo: Mixed Methods. Methodologie, Forschungsdesigns und Analyseverfahren. Wiesbaden 2014

Oestreicher, Elke; Unterkoferl, Ursula: Zum Ausblick. Weitere Perspektiven auf Theorie-Praxis-Bezüge in der Sozialen Arbeit. In: Domes, Michael; Eming, Knut (Hrsg.): Soziale Arbeit – Perspektiven einer selbstbewussten Disziplin und Profession. Opladen, Berlin und Toronto 2017, S. 141-149

Thole, Werner: Zur Lage des Professionellen. Stichworte zum Stand der Profession, der Professionalisierung und der Professionalität der Sozialen Arbeit sowie der Qualifizierungsangebote. In: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hrsg.): Wie geht's weiter mit Professionalisierung und Ausbildung in der Sozialen Arbeit? Lahnstein 2020, S. 15-32

van Oorschot, Wim; Roosma, Femke: The Social Legitimacy of Targeted Welfare and Welfare Deservingness. In: van Oorschot, Wim; Roosma, Femke; Meuleman, Bart; Reeskens, Tim (Hrsg.): The social legitimacy of targeted welfare. Cheltenham and Northampton, 2017, S. 3-35

Witzel, Andreas: Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 1/2000, Art. 22

ZUR (UN-)SICHTBARKEIT VON GEMEINWESENARBEIT | Reflexionen aus einem Forschungsprojekt

Oliver Fehren; Edi Martin; Maren Schreier

Zusammenfassung | Die Sichtbarkeit der Gemeinwesenarbeit (GWA) ist entscheidend für ihre Anerkennung und nachhaltige Verankerung als professionelle Tätigkeit. Eine Studie zur Verankerung von GWA im deutschsprachigen Raum zeigt, dass vielfältige Bezeichnungen und fragile institutionelle Rahmenbedingungen zur Unsichtbarkeit von GWA beitragen. Die Studie zeigt auch, dass eine Vielzahl unterschiedlicher GWA-Praxen existiert. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen, werden Strategien wie ein gemeinsamer Referenzbegriff „Gemeinwesenarbeit“, eine digitale Kartierung im „Atlas der GWA“ sowie stabile Finanzierungsmodelle vorgeschlagen.

Abstract | The visibility of community work is crucial for its recognition and sustainable establishment as a professional field. A study on the institutionalization of community work in German-speaking countries reveals that factors such as diverse terminology and fragile institutional frameworks contribute to the invisibility of this practice. The study also shows that a large number of different community work-oriented practices exist. To enhance visibility, strategies such as a unified reference term “community work,” digital mapping through the “Atlas of Community Work” and more stable funding models are proposed.

Schlagwörter ► Gemeinwesenarbeit
► Soziale Arbeit ► Sozialraum

doi.org/10.5771/0490-1606-2025-4-138

1 Einleitung | Mit dem vorliegenden Beitrag soll die Frage der (Un-)Sichtbarkeit von Gemeinwesenarbeit (GWA) ausgeleuchtet und ihre Bedeutung für die Anerkennung des Arbeitsfeldes aufgezeigt werden.¹ Ausgehend von Ergebnissen und Überlegungen aus der umfangreichen Studie von Fehren, Martin und Schreier (2023)² zu Rahmenbedingungen

und Verankerungsdimensionen von GWA in Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz werden Möglichkeiten zur Sichtbarmachung von GWA vorgestellt und erörtert. Die Frage wird diskutiert, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um die Sichtbarkeit von GWA zu erhöhen.

2 Tendenzielle Unsichtbarkeit von GWA als Forschungsanlass und empirische Herausforderung | Eine der Ausgangshypothesen des Forschungsprojekts war, dass es sich als sehr herausfordernd darstellt, GWA-Praxen in den Blick zu bekommen und für eine Umfrage adressieren zu können. Von folgenden Herausforderungen bei der Erkennung und Adressierbarkeit von GWA-Praxen gingen wir aus: *Das Profil von GWA ist – je nach Perspektive – un-eindeutig oder vielfältig:* Weder im Fachdiskurs noch in der Praxis Sozialer Arbeit oder in fach- und sozialpolitischen Zusammenhängen verfügt GWA über eine klare Gegenstandsbestimmung oder ein scharf konturiertes Profil. Viele Menschen, darunter auch Studierende Sozialer Arbeit und selbst Fachpersonen der GWA können nicht präzise benennen, was GWA genau ist und was sie tut (zum Beispiel welchen Gegenstand sie bearbeitet, welche sozialen Probleme sie löst und wie genau dies geschieht (Fehren et al. 2023, S. 182; auch Schreier 2019, S. 76 f.).

Die Bezeichnungen, unter denen GWA firmiert, sind sehr heterogen: GWA als Praxis und professionelle Tätigkeit wird unter einer Fülle verschiedener Bezeichnungen durchgeführt: Mal wird von „Quartiersmanagement“ gesprochen, mal von „Nachbarschaftsarbeit“, von „soziokultureller Animation“ oder von „Stadtteilarbeit“ (Fehren et al. 2023, S. 87 ff., S. 177 ff.). Diese anderen Bezeichnungen gehen jedoch nicht notwendig mit einem Bezug auf GWA einher. Letztlich ist allein anhand der Bezeichnung in vielen Fällen nicht erkennbar, ob tatsächlich GWA praktiziert wird bzw. eine zentrale Referenz ist.

Die strukturellen Verortungen und Verankerungen der GWA sind vielfältig und nicht immer sachlogisch

1 Es gibt sehr unterschiedliche Definitionen zum Begriff Gemeinwesenarbeit und keine wird breit geteilt, siehe u.a. Handbuch Gemeinwesenarbeit (Stövesand et al. 2013, S. 21 und S. 141 ff.).

2 online unter https://opus4.kobv.de/opus4-ash/files/601/Gemeinwesenarbeit_im_deutschsprachigen_Raum.pdf

naheliegend (Fehren et al. 2023, Kap. 3): In den im Forschungsprojekt untersuchten drei Ländern ist die Finanzierung der GWA nicht im Sozialrecht verankert. Sie ist weder Pflichtleistung noch Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand. Entsprechend haben sich dort, wo GWA als sogenannte freiwillige Leistung von Kommunen und Gemeinden finanziert wird, oftmals orts- und kontextspezifische strukturelle Verankerungen entwickelt (Becker 2024). GWA ist in unterschiedlichen Handlungsfeldern, Verwaltungs- und Politikbereichen (Ressorts) verortet und verankert (Fehren et al. 2023, Kap. 4.3 und 4.5).

Mit GWA wird eine Vielfalt an Programmatiken und Themen bearbeitet: In Zusammenhang mit der jeweiligen Verankerung und Finanzierung setzt GWA unterschiedliche Programmatiken und Aufträge um (zum Beispiel Inklusion, Stadtentwicklung, Quartierarbeit, Mehrgenerationenwohnen, Integration, Bürgerschaftliches Engagement, Demokratisierung). Ein gemeinsamer Nenner ist auch hier schwer bis gar nicht erkennbar (Oelschlägel 2017, Stövesand 2019).

Als Ergebnis dieser Uneindeutigkeit und Vielfalt können, so unsere Annahme zu Beginn des Forschungsprojektes, GWA-Praxen nicht in dem Maße erkannt und erfasst werden, in welchem sie faktisch vorhanden sind. Die faktische Anzahl der GWA-Praxisorte in Deutschland, Österreich und der Schweiz war und ist nicht bekannt. Wir haben mit Blick auf dieses Phänomen von der „tendenziellen Unsichtbarkeit“ von GWA gesprochen. Diese sollte empirisch beleuchtet werden, mit dem Ziel, differenziertere Einsichten in das tatsächliche Vorkommen gemeinschaftsorientierter Praxis zu erhalten. Gleichzeitig wollten wir, in Anlehnung an die Programmatik des action research (Lewin 1946), dazu beitragen, GWA sichtbarer zu machen.

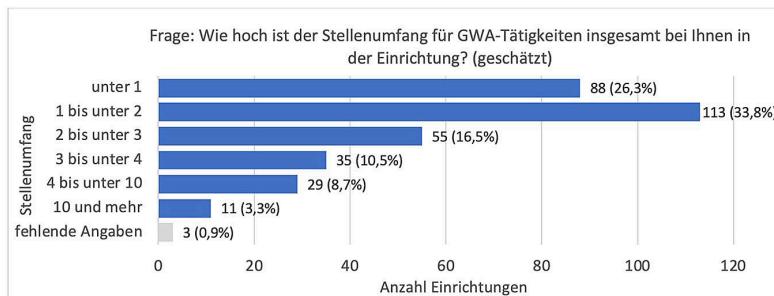
3 Verfahren zur Sichtbarmachung von GWA |

Im Rahmen der Forschung waren wir erstens gefordert, eine anschlussfähige Umschreibung von GWA zu formulieren. Zweitens liegen nun mit dem Schlussbericht die Ergebnisse des Forschungsprojekts zur GWA vor und drittens verhalf uns das Forschungsprojekt dazu, einen Atlas der GWA zu erstellen. Alle diese drei Verfahrensweisen scheinen uns geeignet, die Sichtbarkeit und Erkennbarkeit von GWA zu erhöhen.

3-1 Entwicklung einer anschlussfähigen

Umschreibung von GWA | Um die tendenziell unsichtbare, faktisch jedoch vorhandene GWA-Praxis im deutschsprachigen Raum im Rahmen des Forschungsprojekts einer empirischen Analyse zugänglich machen zu können, mussten das Feld und die uns interessierenden Adressat:innen zunächst umrisen und beschrieben werden. Zu beantworten war die Frage, was es braucht, um GWA-Praxen identifizieren und adressieren zu können. Dies erforderte eine Klärung des Verständnisses von GWA, durch welches sich Praktiker:innen der GWA in ihrer Vielfalt angesprochen fühlten und zur Teilnahme an der Umfrage motiviert wurden. Aufsetzend auf unsere Ausgangshypothesen zur Unsichtbarkeit haben wir deshalb eine Umschreibung von GWA entwickelt, die einen Kern möglicher Gegenstände und Ziele von GWA deutlich macht und gleichzeitig breit anschlussfähig gehalten ist. Diese weit gefasste Umschreibung von GWA machen wir hier transparent, damit nachvollziehbar wird, wie wir die Adressat:innen unserer Umfragen angesprochen haben. Sie ist nicht meta-theoretisch verortet, sondern forschungsmethodisch motiviert und eher praxisbezogen formuliert. Es ist davon auszugehen, dass sich nur diejenigen, die sich von dieser Umschreibung angesprochen fühlten, an der Umfrage beteiligt haben. Der Wortlaut der nun folgenden Umschreibung dürfte also einen hohen Einfluss sowohl auf die Teilnahme an unseren Umfragen als auch auf die Ergebnisse haben. In der Einladung zu einer Vorumfrage, die auf die Bildung einer Grundgesamtheit von GWA-Einrichtungen für die eigentliche Umfrage zielte (Fehren et al. 2023, S. 15 ff.), formulierten wir wie folgt: „Im Bewusstsein der Vielfalt solcher Arbeit und ihrer Bezeichnungen kann diese Tätigkeit auch heißen: Quartierarbeit, Soziokulturelle Arbeit/Soziokulturelle Animation, Stadtteilarbeit, Quartierkoordination, Quartiersmanagement, oder noch ganz anders. Wir wenden uns mit diesem Forschungsprojekt an all jene Praktiker:innen und Fachpersonen, die deutlich über den Einzelfall hinausgehend mit Gruppen, Organisationen und Netzwerken arbeiten, um gemeinsam mit diesen ihre Lebensbedingungen zu verbessern, Gemeinschaft zu erleben, Benachteiligungen zu überwinden, Behinderungen auszugleichen, das Zusammenleben zu gestalten“ (ebd., S. 14). Unser Anliegen war es – ganz im Sinne einer Sichtbarmachung – mit dieser bewusst weit gefassten, vielfältig anschlussfähigen GWA-Umschreibung auch jene Praxen zu erreichen, die

Abbildung 1: Stellenumfang für GWA-Tätigkeiten pro Einrichtung



vielleicht nicht schon auf den ersten Blick als GWA sichtbar sind und die auch unter anderen Bezeichnungen stattfinden.

3-2 Facetten der (Un-)Sichtbarkeit von GWA – empirische Erkenntnisse | Im Folgenden wollen wir anhand einiger ausgewählter Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt Facetten der (Un-)Sichtbarkeit von GWA aufzeigen. Es gibt eine beachtliche Anzahl an GWA-Praktiker:innen und GWA-Einrichtungen im deutschsprachigen Raum. Deren Existenz wird im Forschungsbericht mengenmäßig sichtbar, auch wenn die 334 Umfrageteilnehmenden nicht die Gesamtheit der GWA-Praxis im deutschsprachigen Raum abbilden (keine Vollerhebung). Zur Frage des Feldzugangs, des Samplings und zur Beschreibung der Einrichtungen und ihrer jeweiligen Ausrichtungen siehe *Fehren et al. 2023, Kap. 2, 3.2, 3.3*.

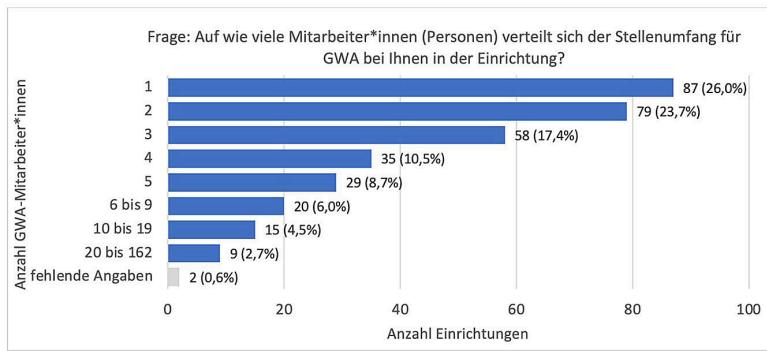
Gemeinwesenarbeit erfolgt zumeist als Kleinst-Praxis oder kleinere Praxis³: Wie Abbildung 1 zeigt, haben von den in unserer Umfrage erreichten Einrichtungen über 87 Prozent weniger als vier GWA-Stellen (Vollzeitäquivalent) – nur 12 Prozent haben vier oder mehr GWA-Stellen. Der kleinste Stellenumfang beträgt 0,1 Stellen der größte 44 Stellen. 25 Prozent der Einrichtungen haben 0,8 oder weniger GWA-Stellen – 25 Prozent der Einrichtungen haben 2,5 oder mehr Stellen.

³ Kleinst-GWA haben wir wie folgt definiert: Die Einrichtung verfügt über weniger als 100 Stellenprozent (= 1 Vollzeitstelle) für GWA-Tätigkeiten. Kleinere GWA haben wir wie folgt definiert: Die Einrichtungen verfügen über 1 bis 4 Stellen für GWA-Tätigkeiten.

In den meisten Einrichtungen mit GWA-Praxis gibt es mehrere Mitarbeiter:innen, die GWA leisten: Obwohl die meisten Einrichtungen zur Kleinst- oder kleineren GWA gezählt werden können, arbeiten in der Regel mehrere Personen je Einrichtung in der GWA. In 26 Prozent hat es eine:n einzige:n GWA-Mitarbeiter:in, in 23,7 Prozent sind es zwei, in 17,4 Prozent drei, in 10,5 Prozent vier, in 8,7 Prozent fünf (siehe Abbildung 2). Der Medianwert liegt bei 2,5, das heißt, die Hälfte der befragten Einrichtungen hat mehr GWA-Mitarbeiter:innen und die Hälfte weniger. Aus den Antworten der 334 Einrichtungen, die über unsere Hauptumfrage erreicht wurden, ergibt sich eine Anzahl von 1493 GWA-Praktiker:innen, die wir im deutschsprachigen Raum erheben konnten. Die Gesamtzahl von knapp 1500 über das Forschungsprojekt identifizierten GWA-Praktiker:innen kann personell ein relativ großes Potenzial zur Sichtbarmachung von GWA darstellen. Der Umstand, dass in den meisten Einrichtungen, auch in kleineren, mehrere GWA-Mitarbeiter:innen tätig sind, kann für die Öffentlichkeitswirkung von GWA vorteilhaft sein, wenn diese entsprechend auftreten.

Varianz und Differenz von offiziellen Bezeichnungen und Selbstbezeichnungen der GWA-Tätigkeiten: Für die Sichtbarkeit von Gemeinwesenarbeit ist die Frage entscheidend, wie gut beziehungsweise eindeutig eine Praxis als GWA-Praxis erkennbar ist. Dazu kann die Bezeichnung der GWA-Tätigkeiten wesentlich beitragen. Wie die Abbildung 3 zeigt, werden GWA-Tätigkeiten in fast der Hälfte der von uns befragten Einrichtungen offiziell als „Gemeinwesenarbeit“ bezeichnet, dicht gefolgt von „Stadtteilarbeit“. Zahlreich verbreitet sind auch die Bezeichnungen Quartiers-/Stadtteilmanagement, Nachbarschaftsarbeit, Quartierarbeit und Sozialraumarbeit.

Abbildung 2: Anzahl Mitarbeiter:innen, die in der GWA tätig sind, pro Einrichtung



Etwas weniger verbreitet sind Bezeichnungen wie: Soziokulturelle Arbeit/Soziokulturelle Animation, Offene Kinder-/Jugendarbeit, Aufsuchende Arbeit, Community Organizing und Erwachsenenbildung. Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich und es zeigt sich, dass Einrichtungen sehr häufig mehr als eine offizielle Bezeichnung verwenden. Wie in der Abbildung 4 sichtbar wird, bezeichnen Praktiker:innen der GWA ihre Tätigkeit manchmal anders, als diese offiziell benannt wird. Die Selbst-Bezeichnungen der Praktiker:innen für ihre Arbeit variieren, ähnlich wie die offiziellen, stark. Zwar sind die häufigsten Bezeichnungen dieselben wie die offiziellen, allerdings mit geringeren Prozent-Anteilen: Gemeinwesenarbeit (28,8 Prozent), Stadtteilarbeit (25,4 Prozent), Quartiers- und Stadtteilmanagement (20,8 Prozent), Quartierarbeit (11,0 Prozent), Nachbarschaftsarbeit (9,5 Prozent). Es ist zu beachten, dass es viele

weitere Bezeichnungen gibt, wenngleich mit deutlich weniger Nennungen. Es könnte aufschlussreich sein, zu erforschen, was die Wahl der offiziellen und die der Selbstbezeichnungen begründet. Die Datenauswertung zeigt, dass bei Einrichtungen, welche durch Förderprogramme wie „Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt“ oder „Stadtumbau“ (mit-)finanziert werden, sowohl in Bezug auf die offiziellen Bezeichnungen als auch auf die Bezeichnungen der Praktiker:innen „Quartiers-/Stadtteilmanagement“ signifikant überproportional genannt wird. Bei allen anderen Programmen ist dies nicht signifikant der Fall, auch wenn es in Einzelfällen zutrifft (Fehren et al 2023, S. 130).

Generell dürfte die große Anzahl unterschiedlicher Bezeichnungen (der offiziellen und jene der Praktiker:innen) die allgemeine Erkennbarkeit/Sicht-

Abbildung 3: Offizielle Bezeichnungen der GWA-Tätigkeiten

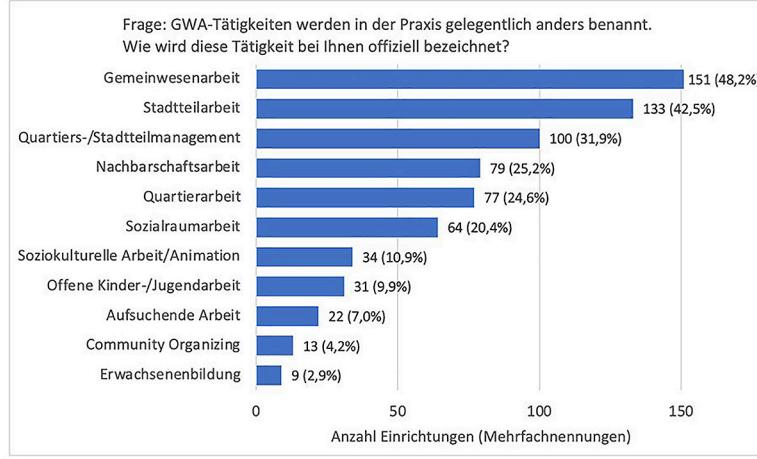
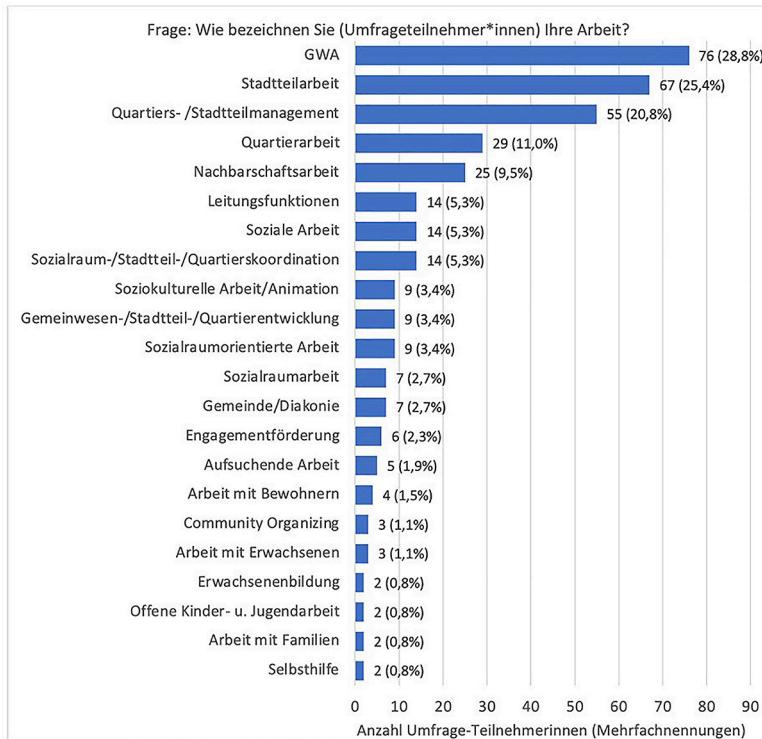


Abbildung 4: Bezeichnungen der GWA-Tätigkeiten durch die Praktiker:innen (Umfrage-Teilnehmer:innen)



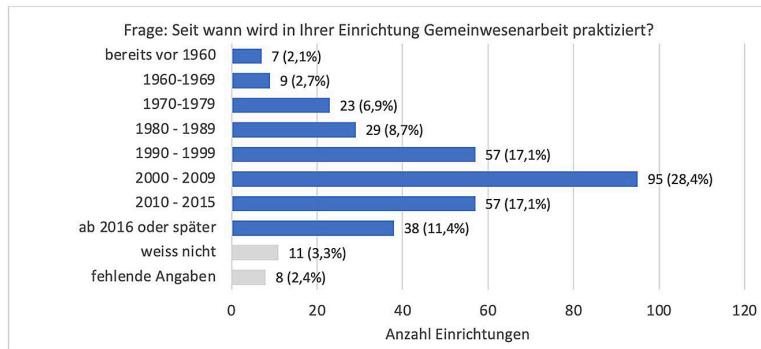
barkeit von GWA erschweren. Es ist davon auszugehen, dass die Bildungs-/Ausbildungsherkunft der Praktiker:innen sehr heterogen ist und Bezeichnungen, und damit Professionsidentitäten, aus Aus- und Weiterbildungen einfließen. (*ebd.*, S. 92). Gleichwohl ist GWA die von den Befragten am häufigsten genannte Tätigkeitsbezeichnung. Das dürfte dafür sprechen, sie als relevanten, vielleicht auch zentralen fachlichen Referenzbegriff weiter zu etablieren.

GWA als dauerhafte oder kurzlebige Praxis: Wie Abbildung 5 zeigt, gab es zum Umfragezeitpunkt 2018/2019 eine beachtliche Anzahl dauerhafter GWA-Praxen. Ca. zwei Drittel der Umfrageteilnehmer:innen sind in Einrichtungen tätig, die seit 2009 oder länger GWA praktizieren; mehr als die Hälfte davon schon seit der Jahrtausendwende und länger, in sieben Einrichtungen gar seit den 1950er Jahren. Lediglich 11,4 Prozent geben an, erst seit zwei oder weniger Jahren GWA zu praktizieren. Viele Einrichtungen, die GWA praktizieren, schaffen es, längerfristig, zum Teil sehr lange, Bestand zu haben. Dies kann mit öffentlicher Anerkennung verbunden sein.

Eine lange Kontinuität kann wesentlich zur Sichtbarkeit von GWA beitragen. Zudem zeigen die Forschungsergebnisse, dass in den meisten Einrichtungen auch mehrjährig erfahrene GWA-Mitarbeiter:innen tätig sind, was der Sichtbarkeit ebenfalls förderlich sein kann, wenn diese eine entsprechende Professionsidentität pflegen.

GWA-Tätigkeiten sind sehr unterschiedlich finanziert, mehrheitlich aus einer Vielzahl an Finanzquellen: Die Frage der Finanzierung von GWA – als eine zentrale Dimension ihrer Verankerung – bildete einen Fokus des Forschungsprojekts. Auch wenn diese Thematik hier nicht vertieft werden soll, möchten wird auf zwei im Zusammenhang mit der (Un)-Sichtbarkeit von GWA relevante Befunde hinweisen. Die Abbildung 6 verdeutlicht, dass über 60 Prozent der von uns befragten Einrichtungen mehr als eine Finanzquelle angegeben haben, mit der sie ihre GWA finanzieren. Die meisten (46,7 Prozent) finanzieren sich aus zwei bis fünf verschiedenen Quellen. 15 Prozent der befragten Einrichtungen gaben an für die GWA mehr als fünf Finanzquellen zu benötigen, davon

Abbildung 5: Dauer der GWA-Praxis in den Einrichtungen



knapp ein Drittel mehr als zehn Finanzquellen. Die Finanzierung von GWA-Tätigkeiten dürfte schon von der Anzahl der Finanzquellen her für die meisten Einrichtungen sehr aufwändig sein. Zu weiterer Komplizierung trägt bei, dass diese Finanzquellen teils öffentlich/staatlich, teils nichtstaatlich und teils Eigenmittel sind, mit je spezifischen Zugangsregeln und Förderkriterien sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten. Dies erfordert, so lässt sich vermuten, einen erheblichen Zeitaufwand für die Finanzmittelbeantragung, -bewirtschaftung und -abrechnung, ebenso wie für die Pflege der Beziehungen zu den Finanzmittelgeber:innen. Es ist davon auszugehen, dass die Vielzahl an Finanzquellen – welche zumeist befristete Projekt- oder Programmfinanzierungen sind – vielerorts enorme Kapazitäten bindet, nicht zuletzt auch, um das „Überleben“ der jeweiligen Praxis/des Projekts sicherzustellen. Dies dürfte dazu führen, dass die hierfür eingesetzten Ressourcen (vor allem Zeit und Personal) an anderer Stelle fehlen und nicht für die zielgerichtete GWA-Tätigkeit eingesetzt werden können. Entsprechend erfolgen GWA-Aktivitäten reduziert. Dies begrenzt Handlungsmöglichkeiten und schränkt

nicht zuletzt die Wirksamkeit und die Sichtbarkeit von GWA ein.

Mehrheitlich werden auch Eigenmittel des Trägers für die GWA-Finanzierung eingesetzt: Wir haben gefragt, welchen Stellenwert Eigenmittel des Trägers – neben öffentlich-staatlichen Mitteln und nichtstaatlichen Mitteln – bei der Finanzierung von GWA-Tätigkeiten haben. Dabei haben wir eine unseres Erachtens für die Sichtbarkeit von GWA bemerkenswerte Entdeckung gemacht: Wie in Abbildung 7 deutlich wird, geben knapp 30 Prozent der Einrichtungen an, dass die GWA bei ihnen auch durch trägerinterne Quersubventionen finanziert wird. Der relativ hohe Anteil trägerinterner Quersubventionierung kann darauf hinweisen, dass ein nicht unwesentlicher Teil erbrachter GWA-Leistungen möglicherweise kaum über die Trägerschaft hinaus, öffentlich wird beziehungsweise öffentliche Anerkennung findet, was der Sichtbarkeit von GWA Abbruch tut.

3-3 Atlas der Gemeinwesenarbeit | Zur Sichtbarkeit von GWA-Praxis trägt ihre Verortung und Kartierung bei (zum Beispiel in Adressverzeichnissen

Abbildung 6: Anzahl der Finanzquellen durch welche die Einrichtungen ihre GWA finanzieren

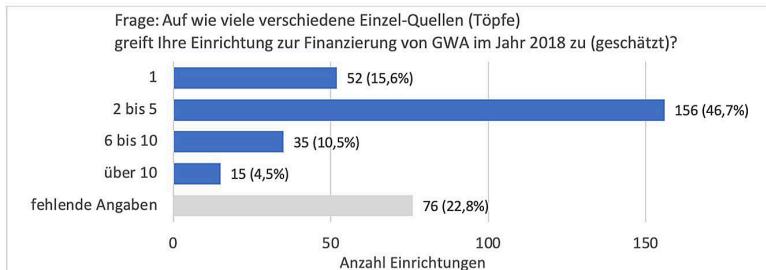
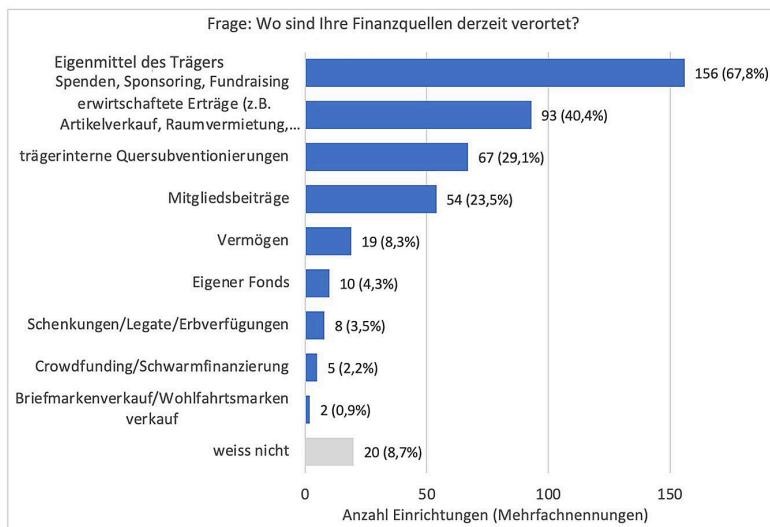


Abbildung 7: Eigenmittel als Finanzquelle für GWA-Tätigkeiten



oder als Standortmarkierungen auf einer thematischen Karte). Als Ergebnis eines Teilprojektes unseres Forschungsvorhabens wurde der digitale „Atlas der Gemeinwesenarbeit“⁴ veröffentlicht. Während die Entwicklung eines solchen Atlas zunächst noch den Charakter eines Nebenproduktes der Forschung hatte, entwickelte das Vorhaben sich im Verlauf des Forschungsprozesses zu einem eigenständigen Teilprojekt (Fehren et al. 2023, S. 19 ff.). Der digitale Atlas der Gemeinwesenarbeit gibt Auskunft über die örtliche Verteilung der Einrichtungen und Projekte, die im deutschsprachigen Raum (ihrer Selbstdefinition nach) gemeinwesenarbeitsorientiert tätig sind. Er wurde 2021 auf Grundlage der Plattform Google Maps veröffentlicht und verzeichnet derzeit rund 550 Standorte von GWA-Praxen. Er wird auf Basis von Selbstmeldungen laufend aktualisiert (Fehren et al. 2021). Auch, wenn anhaltend Selbstmeldungen von GWA-Praxisstandorten beim Forschungsteam eingehen, lässt sich aufgrund von Feldkenntnis erkennen, dass der Atlas bei weitem noch nicht jede tatsächlich praktizierende GWA-Praxis umfasst. Die zum Teil sehr deutlich sichtbaren regionalen Unterschiede im Vorkommen von GWA können als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass die Präsenz von GWA unter anderem vom politischen Willen und den Prioritäten der jeweiligen Kommunen/Gemeinden abhängig ist. Sie können aber auch die Folge dessen

sein, dass nicht jeder Träger, nicht jede Einrichtung in diesen Atlas aufgenommen werden will. Eine weitere plausible Begründung einiger „Lücken“ im Atlas ist die Vermutung, dass die GWA-Praktiker:innen in diesen Regionen noch nichts von der Möglichkeit mitbekommen haben, per Selbstmeldung die Aufnahme in den Atlas bewirken zu können. Unzweifelhaft lässt sich bilanzieren, dass die Sichtbarkeit von GWA dank des Atlas erheblich erhöht wird⁵. Schwer einschätzbar ist jedoch, inwiefern die derzeitige Anzahl von rund 550 Standorten bereits den Großteil aller GWA-Praxis im deutschsprachigen Raum ausmacht. Eine Vollerhebung hat nicht stattgefunden und scheint derzeit, wie mit Blick auf die Heterogenität und Unschärfe des Feldes bereits erwähnt wurde, nicht möglich. Da die Referenzgröße fehlt, ist eine quantifizierende Bewertung schwierig: Lässt sich, mit Blick auf den Atlas, davon sprechen, dass es „viel“ GWA-Praxis im deutschsprachigen Raum gibt, oder ist es angemessener, auf Quantifizierungen dieser Art zu verzichten? Die Hoffnung ist, dass sich durch stärkere Bekanntmachung des Atlas und damit verbundene fortlaufende Neueinträge die Online-Kartierung zunehmend der realen Anzahl an GWA-Praxis annähert. Mit kleinräumigeren Forschungsprojekten oder Be-

4 <https://t1p.de/Atlas-der-Gemeinwesenarbeit>

5 Der Atlas wurde, Stand 1.3.2025, bislang 33.492 Mal aufgerufen. Die laufenden Selbstmeldungen zeigen, dass er, und damit die Sichtbarkeit von GWA-Standorten, in der Praxis wahrgenommen und geschätzt wird.

standsaufnahmen und geeigneten Methoden könnten auf regionaler Ebene die vorhandenen GWA-Praxen voll erhoben und sichtbar gemacht werden.

4 Schlussfolgerungen | Die Finanzierung von GWA bindet für die allermeisten Träger, Einrichtungen und Praktiker:innen erhebliche Arbeitszeitressourcen, die dann für wirksame GWA fehlen. Die stark fragmentierte und häufig projektbezogene Finanzierung von GWA trägt zu ihrer institutionellen und strukturellen Unsichtbarkeit bei, da GWA-Praxen und Einrichtungen oft nicht als feste Institutionen wahrgenommen werden und GWA innerhalb der Träger häufig im Schatten anderer Handlungsfelder steht. Als wesentliche Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen von GWA wäre eine kommunale/gemeindliche, oder auch landesbezogene Regelförderung für GWA wichtig.

Angesichts der Heterogenität der Bezeichnungen, unter denen gemeinwesenarbeitsorientierte Tätigkeiten erfolgen, erscheint es uns wichtig, dass die Vielzahl der für GWA relevanten Fach-Communities über gemeinsame Referenzpunkte in Austausch kommt und bleibt. Bei aller Relativierung kristallisiert sich Gemeinwesenarbeit als die im deutschsprachigen Raum am häufigsten und über die Zeit am kontinuierlichsten verwendete Begrifflichkeit, und deshalb – aus unserer Sicht – als am besten geeignete Bezeichnung für die Erkennbarkeit nach innen und außen heraus. Daher plädieren wir dafür, den Fachdiskurs, die Professionalisierung, die Aus- und Weiterbildung und die strukturelle Sicherung und Verbreitung gemeinwesenarbeitsorientierter Praxis unter dem Label Gemeinwesenarbeit/GWA voranzutreiben und diese als Bezeichnung für eine professionelle Tätigkeit zu stärken. Dieses Werben dafür, die Kontinuität für den Begriff GWA zu pflegen, möchten wir dabei ausdrücklich nicht als Einebnung wichtiger Differenzen und Strömungen in den Feldern gemeinwesenarbeitsorientierter Praxis missverstanden wissen.

Der Atlas der Gemeinwesenarbeit macht sichtbar, wer sich und seine Tätigkeit als GWA begreift. Auch wenn diese Landkarte einige weiße Stellen aufweist, zeigen die zahlreichen Einträge unmissverständlich: ... Es gibt sie doch! Nicht immer auf den ersten Blick als GWA erkennbar, aber sehr präsent!

Prof. Dr. Oliver Fehren, Hochschullehrer mit Schwerpunkt GWA an der Alice Salomon Hochschule Berlin. E-Mail: fehren@ash-berlin.eu

Edi Martin, Dipl.-Sozialarbeiter, MAS Sozialmanagement (WU Wien), ehemaliger Dozent der ZHAW, Freies Institut TPSA. E-Mail: hauser-martin@bluewin.ch

Maren Schreier, M.A. Social Work, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Dozentin an der OST Ostschweizer Fachhochschule St. Gallen. E-Mail: maren.schreier@ost.ch

Literatur

Becker, Martin: Qualitätsstandards für Gemeinwesenarbeit – weshalb und wozu? In: sozialraum.de 1/2024 (<https://www.sozialraum.de/qualitaetsstandards-fuer-gemeinwesenarbeit-weshalb-und-wozu.php>; zuletzt abgerufen am 1.3.2025)

Fehren, Oliver; Martin, Edi; Schreier, Maren: Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum. Ein Forschungsbericht zu Finanzierungsformen, Trägerschaften und Vorkommen von GWA. Berlin 2023 (<https://doi.org/10.58123/aliceopen-601>; zuletzt abgerufen am 3.3.2025)

Fehren, Oliver; Martin, Edi; Schreier, Maren: Atlas der Gemeinwesenarbeit. In: <https://www.ost.ch/de/forschung-und-dienstleistungen/soziale-arbeit/ifsar-institut-fuer-soziale-arbeit-und-raeume/oeffentliches-leben-und-teilhabe/atlas-der-gemeinwesenarbeit-deutschland-osterreich-schweiz> (veröffentlicht 2021, abgerufen 1.3.2025)

Lewin, Kurt: Action research and minority problems. In: Resolving social conflicts. Selected papers on group dynamics. New York 1946, S. 201-216

Oelschlägel, Dieter: Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4/2017, S. 171-175

Schreier, Maren; Martin, Edi; Fehren, Oliver: Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum. In: sozialraum.de 1/2024 (<https://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-im-deutschsprachigen-raum.php>; abgerufen am 1.3.2025)

Schreier, Maren: „Schwache Interessen“? Unterdrückende Verhältnisse! Plädoyer für eine unterdrückungskritisch-emancipatorische Gemeinwesenarbeit. In: Benz, Benjamin; Toens, Karin (Hrsg.): Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit. Weinheim 2019, S. 68-83

Stövesand, Sabine: Gemeinwesenarbeit. In: <https://www.socialnet.de/lexikon/487> (veröffentlicht 2019, abgerufen 1.3.25)

Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph: Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit. In: Stövesand, Sabine; Stoik, Christoph; Troxler, Ueli (Hrsg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Opladen, Berlin und Toronto 2013, S. 14-36

KLIMAPOLITISCHES ENGAGEMENT UND PSYCHISCHE GESUNDHEIT | Belastungen, Ressourcen und Unterstützungs-potenziale für junge Menschen

**Marie Euskirchen; Lisa-Marie Graf;
Elias Monden; Kilian Petzold; Johannes
Jungbauer** 

Zusammenfassung | In dieser Online-Studie ($n = 163$) wurden Be- und Entlastungsfaktoren klimapolitisch engagierter Menschen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass erheblichen Belastungen durch den Klimawandel bedeutsame Erfahrungen von Sinnhaftigkeit und Wirk-samkeit gegenüberstehen, die durch klimapolitisches Engagement erlebbar werden.

Abstract | In this online study ($n = 163$), the stress and relief factors of people involved in climate policy were analysed. The results show that the considerable burdens caused by climate change are offset by significant experiences of meaningfulness and effectiveness, which can be experienced through activist activities.

Schlagwörter ► Klima ► Mensch-Umwelt-Beziehung ► Stress ► Unterstützung

doi.org/10.5771/0490-1606-2025-4-145

1 Einleitung | Studien der letzten Jahre belegen die weitreichenden und tiefgreifenden Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische sowie physische Gesundheit von Menschen (Kalwak; Weihgold 2022, Godden et al. 2021, Clayton 2021). Bezugnehmend auf die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umfasst ganzheitliche Gesundheit physisches, soziales und psychisches Wohlbefinden. Letzteres basiert darauf, die eigenen Fähigkeiten entfalten, Belastungen bewältigen und sich in das gemeinschaftliche Leben einbringen zu können. Ergänzend umfasst das Konzept der Gesundheitsförderung neben der individuellen auch die gemeinschaftliche und politische Verantwortung wie beispielsweise das Schaffen gesundheitsgerechter Umwelt- und Lebensbedingungen wie soziale Gerechtigkeit oder ein stabiles Ökosystem (WHO 1986, 2004).

Klimabedingte Herausforderungen haben nachweislich Einfluss auf die Gesundheit, beispielhaft beschreiben Heinz et al. (2023) Depression, Angst- und Traumafolgestörungen als häufige Folgen. In der wissenschaftlichen Literatur wird beschrieben, dass sogenannte *Climate Emotions*, also Emotionen, die im Klimawandel begründet sind, eine wichtige Rolle bei der Aufnahme klimapolitischen Engagements spielen (Kalwak; Weihgold 2022, Nicolai 2022). Die Erfahrung von individueller sowie kollektiver Selbstwirksamkeit, die durch Engagement erlebbar gemacht werden kann, hat dabei das Potenzial, negativen Gefühlen wie Macht- und Hoffnungslosigkeit entgegenzuwirken (Godden et al. 2021). Es gibt jedoch bislang kaum Untersuchungen darüber, welche konkreten Entlastungsstrategien junge Menschen kennen und nutzen, um mit psychischen und physischen Belastungen im Kontext klimabezogener Gefühle und Aktivitäten umzugehen (ebd., Clayton 2021). Weitestgehend unerforscht ist ebenso, wie intensiv das Engagement ausgelebt und wahrgenommen wird (beispielsweise Länge und Arbeitsstunden, Teilnahme an Plenum, Kundgebung, Demonstrationen) und welche stärkenden und herausfordernden Aspekte damit verbunden werden. Gleichermaßen fehlt Wissen darüber, ob und in welcher Form sich junge Menschen Unterstützung wünschen, um mit ihren Belastungen umzugehen und ihr Engagement nachhaltig zu gestalten. Einige dieser Fragen wurden in einer Studie des Bundesumweltamtes untersucht (Frick; Gossen 2022). In qualitativen Interviews schilderten klimapolitisch aktive junge Menschen einerseits klimabedingte Sorgen und Ängste sowie vielfältige Herausforderungen im Kontext ihres Engagements, wie zum Beispiel Handlungsdruck und Überforderungsgefühle. Andererseits beschrieben sie bereichernde und stärkende Aspekte im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Vernetzung, die als Ressource für die psychische Gesundheit fungieren können.

Obwohl sich aus diesen Ergebnissen keine allgemeingültigen Aussagen ableiten lassen, können sie als Ausgangsbasis für größer angelegte quantitative Erhebungen dienen. In diesem Sinne verfolgte die vorliegende Studie das Ziel, die qualitativen Befunde von Frick und Gossen (2022) aufzugreifen und quantitativ anhand einer größer angelegten Stichprobe zu überprüfen. Das Erkenntnisinteresse der Studie war es, ein möglichst differenziertes Verständnis für die Bedürfnisse junger Menschen im Kontext ihres

politischen Engagements zu entwickeln, um auf dieser Basis gezielte salutogenetisch ausgerichtete und zielgruppenorientierte Unterstützungsangebote konzipieren zu können. Dabei sollte insbesondere die Perspektive der Sozialen Arbeit fokussiert werden. In der Forschungslandschaft finden sich verschiedene Blickwinkel, aus denen klimapolitisches Engagement betrachtet wird, so auch zunehmend milieu-spezifische Aspekte (Straßen 2022). Eine milieuspezifische Betrachtung klimapolitisch engagierter junger Menschen wurde im Rahmen dieser Forschung aber nicht umgesetzt. Dies resultiert aus der inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf Bereicherungen und Belastungen im Kontext des Engagements sowie dem Fokus auf Unterstützungsangebote der Sozialen Arbeit.

2 Datenerhebung und Auswertung | Die Daten wurden im Zeitraum von Dezember 2023 bis Februar 2024 mit dem Online-Fragebogentool *LimeSurvey* erhoben. Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte bundesweit über die Social-Media-Plattform *Instagram*. Potenzielle Teilnehmer:innen wurden über das Thema der Studie, den Forschungskontext sowie die Durchführungsbedingungen informiert. Angesprochen wurden junge Menschen, die sich als klimapolitisch engagiert definierten, wobei in der Rekrutierung keine Altersgrenze angegeben war, was sich in den Ergebnissen widerspiegelt. Ergänzend wurden verschiedene klimapolitisch aktive Gruppen und Organisationen sowie ausgewählte Hochschulen mit der Bitte angeschrieben, den Aufruf zur Beteiligung an der Online-Umfrage zu teilen. Um eine forschungsethisch unbedenkliche Befragung zu gewährleisten, wurde das Prinzip der informierten Einwilligung als Teilnahmeveraussetzung berücksichtigt. Die Studie konnte jederzeit und ohne Angabe von Gründen seitens der Teilnehmer:innen abgebrochen werden. Der Fragebogen bestand aus sechs thematischen Blöcken, die verschiedene Aspekte des klimapolitischen Engagements thematisierten: soziodemografische Daten (1), Umfang und Intensität des klimapolitischen Engagements (2), stärkende (3), belastende (4) und entlastende Faktoren des Engagements (5) sowie Wunsch und Bedarf nach Unterstützung (6). Zur Anwendung kamen unterschiedliche Frage- und Skalentypen, darunter Selbsteinschätzungsaskalen, Mehrfachantwortensets sowie offene Fragen, die den Teilnehmenden die Möglichkeit für ausführliche freie Antworten gaben. Das Studienprotokoll wurde vor Beginn der Erhebung von der Ethikkommission

der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen positiv begutachtet (AZ2023-05).

Zur Auswertung der quantitativen Daten wurde die statistische Datenanalyse-Software SPSS 29.0 verwendet. Neben der Ermittlung deskriptiver Kennwerte wurden ausgewählte Variablen mithilfe einer Korrelationsanalyse auf systematische statistische Zusammenhänge geprüft. Aufgrund nicht vorliegender Normalverteilung kam das non-parametrische Verfahren der Rangkorrelation (Spearman's Rho, r_s) zum Einsatz. Freie Antworten wurden mithilfe der Textanalyse-Software MAXQDA 24.3.0 im Sinne einer quantitativen Inhaltsanalyse kategorial ausgewertet; die Kategorienbildung erfolgte induktiv aus dem Datenmaterial.

3 Ergebnisse | 3-1 Beschreibung der Stichprobe und deren Engagements | Nach Ausschluss unvollständiger sowie nicht verwertbarer Antworten umfasst die bereinigte Stichprobe 163 zu analysierende Datensätze. Die Altersspanne der Befragten reichte von 16 bis 74 Jahren (Mittelwert (M) = 29,9 Jahre; Standardabweichung (SD) = 13,05); bei den meisten handelte es sich indes um junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren (Modus¹ = 24 Jahre). 58,9 Prozent identifizierten sich als weiblich, 31,3 Prozent als männlich, 9,2 Prozent als non-binär. Studierende machten mit 80 Personen (49,1 Prozent) den größten Anteil der Befragten aus. Der Anteil der Arbeitnehmer:innen lag bei 38 Prozent und weitere 10,4 Prozent waren Schüler:innen. Andere Auswahlmöglichkeiten wie beispielweise „Promotion“ oder „ohne Tätigkeit“ wurden vergleichsweise selten gewählt (kleiner als 5 Prozent). 49,1 Prozent der Befragten gaben an, in keiner klimapolitischen Gruppe organisiert zu sein. 18,4 Prozent beteiligten sich in einer und 32,5 Prozent in mehreren Gruppen. Ein Großteil (88,9 Prozent) ist mindestens seit einem Jahr klimapolitisch aktiv, 18,4 Prozent seit mehr als fünf Jahren. Die Angaben zu den ins Engagement investierten Wochenstunden weisen mit einer Spanne von 0 bis 40 Stunden einige Ausreißerwerte auf. Drei Viertel der Befragten bezeichnen ihren durchschnittlichen wöchentlichen Zeitaufwand mit 0 bis 5 Stunden (Modus = 2 Stunden).

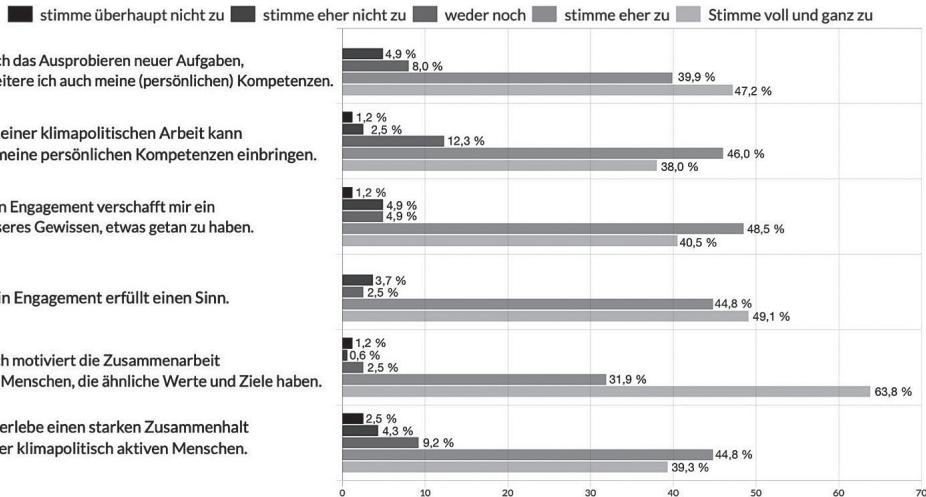
1 Der Modus ist der Wert, der in einer Datenreihe am häufigsten vorkommt und beschreibt somit das häufigste Merkmal innerhalb einer Verteilung.

3-2 Stärkende Faktoren | Auf einer Selbsteinschätzungsskala (0 = „gar nicht bereichernd“, bis 10 = „sehr bereichernd“) wurde das eigene klimapolitische Engagement überwiegend als große persönliche Bereicherung (Modus = 8) beurteilt. Für die differenzierte Erfassung bereichernder Aspekte auf individueller sowie kollektiver Ebene wurde eine fünfstufige Skala zur Beurteilung einzelner Aussagen genutzt. Die einzelnen Abstufungen der Skala wurden verbalisiert. Dabei entspricht 1 = „stimme gar nicht zu“, bis 5 = „stimme voll und ganz zu“.

Besonders hohe Zustimmungswerte hinsichtlich individueller Aspekte zeigten sich bei der Aussage, die das Erleben von Sinnhaftigkeit betrifft. Der Aussage, wonach das eigene Engagement als sinnvoll erachtet wird, stimmte ein Großteil der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Das Einbringen der eigenen Kompetenzen in die klimapolitische Arbeit wurde ebenso als Bereicherung empfunden wie das Erweitern der eigenen Kompetenzen durch das Ausprobieren neuer Aufgaben innerhalb des Engagements. Daran anknüpfend stimmten die Befragten in hohem Maße der Aussage zu, durch das eigene Engagement für das Klima ein besseres Gewissen zu verspüren. Auf was sich das bessere Gewissen dabei genau bezieht, wurde den Befragten offengelassen. Die exakte Verteilung der Antwortprozente der ausgewählten Aussagen sind in Abbildung 1 dargestellt.

Hinsichtlich der erlebten Sinnhaftigkeit des eigenen Engagements wurden Rangkorrelationen zu verschiedenen Variablen berechnet, um mögliche Zusammenhänge zu überprüfen. Die Operationalisierung erfolgte literaturbasiert, primär an Frick und Gossen (2022) angelehnt, deren Ergebnisse als Zielziel dieser Studie quantitativ überprüft werden sollten. Als Ergebnis zeigte sich dabei am deutlichsten der positive Zusammenhang zwischen Verantwortungsübernahme und Sinnerleben, angezeigt durch eine statistische Signifikanz ($r_s = 0,36; p < 0,001$). Etwas schwächere, aber statistisch signifikante Korrelationen mit dem Erleben von Sinn zeigten sich beim Einbringen persönlicher Kompetenzen ($r_s = 0,21; p < 0,05$), der Erweiterung eigener Kompetenzen ($r_s = 0,19; p < 0,05$), der Erfahrung von positivem Feedback ($r_s = 0,215; p < 0,05$) und der Wertschätzung für die eigene Arbeit ($r_s = 0,19; p < 0,05$). Im Kontext kollektiven klimapolitischen Handelns stimmte ein überwiegender Teil der Befragten „eher“ (31,9 Prozent) oder „voll und ganz“ zu (63,8 Prozent), dass die Zusammenarbeit mit Personen, die ähnliche Ziele und Werte teilen, ihre eigene Motivation erhöht. Als weiterer positiver Aspekt zeigte sich, dass die Personen einen starken Zusammenhalt unter klimapolitisch aktiven Menschen erleben. 44,8 Prozent stimmten dieser Aussage „eher“ zu und 39,3 Prozent stimmten „voll und ganz“ zu.

Abbildung 1: Zustimmungsverteilung zu Aussagen hinsichtlich stärkender Faktoren des klimapolitischen Engagements (Angaben in Prozent)



3-3 Belastende Faktoren | Auf einer endpunktbenannten Selbsteinschätzungsskala beurteilten die meisten Befragten ihre durch die Klimakrise verursachte Belastung (0 = „gar nicht belastend“, bis 10 = „sehr belastend“) als „hoch“ (Modus = 8). Die Auswertung des Mehrfachantwortensets zur Erhebung empfundener *Climate Emotions* bestätigte, dass sich viele mit negativen Gefühlen, die mit den Folgen des Klimawandels einhergehen, konfrontiert sehen. Die Mehrheit der Befragten empfand eines oder mehrere dieser Gefühle. Am stärksten vertreten waren Ungerechtigkeitsempfinden (87,0 Prozent), Wut (85,8 Prozent), Frustration (71,0 Prozent), Angst (70,4 Prozent) und Unverständnis (63,6 Prozent).

Um Beweggründe, Herausforderungen und Belastungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem eigenen Engagement zu erfassen, wurden die Befragten gebeten, Aussagen auf einer fünfstufigen Likert-Skala zu beurteilen (verbalisiert, 1 = „stimme nicht zu“, bis 5 = „stimme voll und ganz zu“). Die genaue prozentuale Verteilung der Antworten ist in Abbildung 2 dargestellt. Ein Großteil der Befragten stimmte der Aussage „Ich empfinde eine Verantwortung, aktiv etwas gegen die Klimakrise zu tun“ „eher“ (28,2 Prozent) oder „voll und ganz“ (68,7 Prozent) zu. Viele fühlten sich verpflichtet, dabei so viel wie möglich zu tun. Außerdem stimmten die meisten der Aussage „eher“ (43,6 Prozent) oder „voll und ganz“ (30,1 Prozent) zu, dass sie sich trotz

ihres hohen Stresserlebens weiterhin engagieren. Dennoch bejahten viele, dass das Ziel, obwohl sie viel dafür tun, immer noch fern sei. Des Weiteren stimmten 47,2 Prozent der Aussage „Ich hinterfrage die Wirksamkeit meines klimapolitischen Engagements“ „eher“ zu, 22,1 Prozent stimmten „voll und ganz“ zu. Bei der Selbsteinschätzung der Belastung durch das persönliche klimapolitische Engagement (0 = „gar nicht belastend“, bis 10 = „sehr belastend“) zeigte sich eine moderate Belastung (Modus = 5). Ein statistisch signifikanter positiver Zusammenhang bestand zwischen dem Belastungsempfinden und den investierten Wochenstunden ($r_s = 0,42$; $p < 0,001$): Je mehr Stunden in das Klimaengagement investiert wurden, desto höher war die empfundene Belastung.

Neben den auf Klimawandel und Klimaengagement bezogenen Herausforderungen wurden auch weitere Belastungen abgefragt. Es standen mehrere Lebensbereiche zur Auswahl, von denen drei ausgewählt werden konnten, in denen die empfundene Belastung aktuell am höchsten ist. Abbildung 3 zeigt die prozentuale Verteilung aller Antworten des Mehrfachantwortensets. Belastungen aufgrund von Sorgen in Bezug auf den Klimawandel wurden mit Abstand am häufigsten benannt (63,2 Prozent). Es folgten Belastungen aufgrund der persönlichen Gesundheit (38,7 Prozent), Probleme in der Schule oder am Arbeitsplatz (38 Prozent) sowie familiäre Prob-

Abbildung 2: Zustimmungsverteilung zu Aussagen hinsichtlich belastender Faktoren des klimapolitischen Engagements

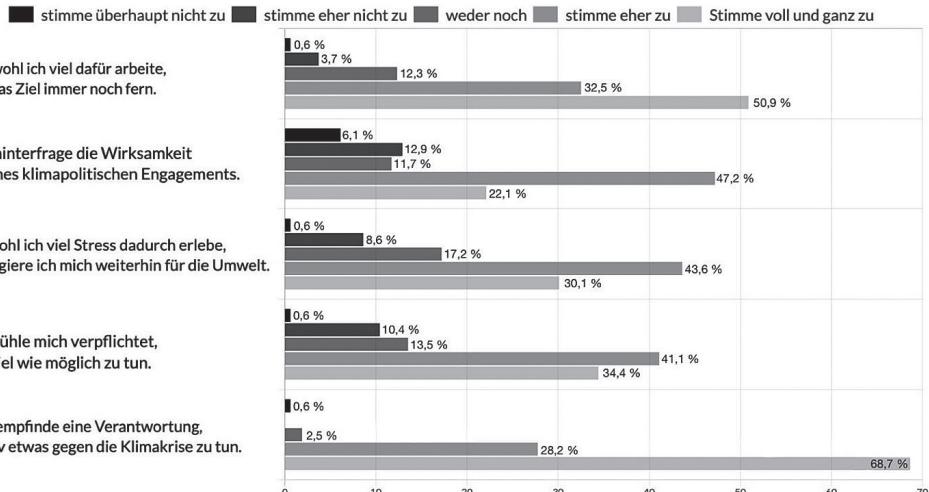
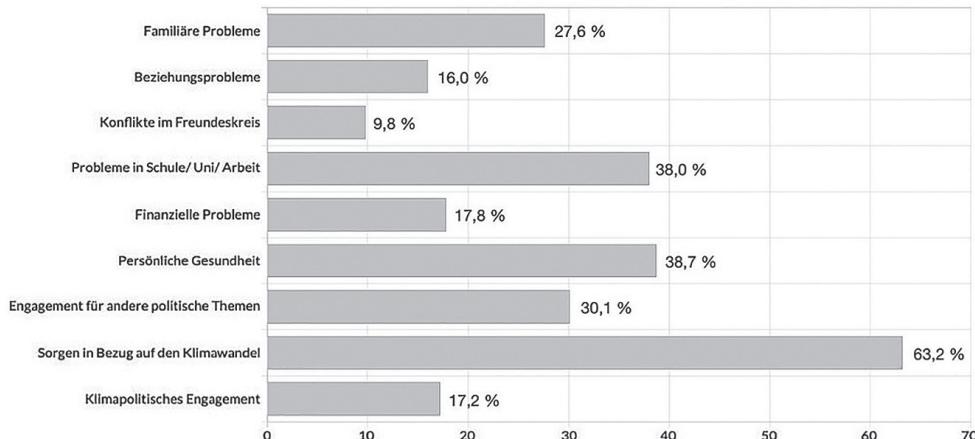


Abbildung 3: Belastungen in unterschiedlichen Lebensbereichen



leme (27,6 Prozent). Belastungen im Kontext politischen Engagements wurden differenziert in klimapolitisches Engagement (17,2 Prozent) und Engagement zu anderen politischen Themen (30,1 Prozent).

Bezüglich der Frage, wie die Belastungen sich äußern, wurden die Befragten gebeten, verschiedene Formen von Ausprägungen auf einer verbalisierten fünfstufigen Likert-Skala von 1 = „keine Belastung“ bis 5 = „sehr starke Belastung“ zu beurteilen. Ihnen wurden unterschiedliche Belastungen wie beispielsweise Zeitnot, Erschöpfung, Überforderung, Ängste und Stress genannt. Zwar gaben viele an, Belastungen zu empfinden, die jeweiligen Ausprägungen variierten jedoch stark. Im Folgenden werden beispielhaft drei Belastungen genannt, mit denen hohe Ausprägungen verbunden waren. Durch Stress gaben 39,7 Prozent eine „mittelmäßige“ und 22,7 Prozent eine „ziemlich starke Belastung“ an. In Hinblick auf die empfundene Erschöpfung gaben 27 Prozent eine „mittelmäßige“ und 28,2 Prozent eine „ziemlich starke Belastung“ an. Ähnlich hohe Werte zeigten sich bei der empfundenen Überforderung. Dort gaben 30,7 Prozent eine „mittelmäßige“ und 23,9 Prozent eine „ziemlich starke Belastung“ durch diese an.

3-4 Entlastende Faktoren | Entlastende Faktoren wurden im Fragebogen nach gruppenbezogenen Entlastungsfaktoren (zum Beispiel Befindlichkeitsrunden), individuellen Entlastungsstrategien (zum Beispiel Arbeitsreduktion, Achtsamkeitsübungen oder Hobbys) sowie Entlastungsfaktoren durch Außenstehende (zum Beispiel positives Feedback für

das Engagement) unterteilt. Diese sollten mithilfe einer verbalisierten Likert-Skala von 1 = „nutze ich nie“ über 2 = „nutze ich und entlastet mich selten“ bis 5 = „nutze ich und entlastet mich immer“ bewertet werden.

Begegnungen mit sozialen Kontakten wie der Austausch mit Freund:innen oder der Familie verschafften den Ergebnissen zufolge 58,3 Prozent „häufig“ und 19 Prozent „immer“ Entlastung im klimapolitischen Engagement. Darüber hinaus wurde die Anwendung von Achtsamkeits- und Entspannungsübungen sowie positivem Denken häufig als hilfreich empfunden. Diese Strategie entlastete 23,3 Prozent „gelegentlich“ und 22,1 Prozent der Befragten „häufig“. Das Teilen von Gefühlen war ebenfalls eine häufig angewandte Strategie, die auf einer verbalisierten Skala von 1 = „diese Strategie habe ich noch nie angewendet“ über 3 = „... entlastet mich mittelmäßig“, bis 5 = „... entlastet mich sehr stark“ erfasst wurde. Diesbezüglich verbanden 36,2 Prozent mit dem Teilen von Gefühlen eine ziemlich starke und 14,1 Prozent eine sehr starke Entlastung.

3-5 Unterstützungsbedarfe und -wünsche | Zwei Drittel der Befragten (66,2 Prozent) gaben an, aufgrund ihres klimapolitischen Engagements noch nie Unterstützung durch verschiedene externe Strukturen wie beispielsweise *Psychologists for Future* oder Beratungsstellen erfahren zu haben. Insbesondere für Beratung oder Therapie gaben 76,7 Prozent der Befragten an, diese noch nie in Anspruch genommen zu haben. Ferner berichteten 80,4 Prozent,

Tabelle 1: Kategoriensystem „Unterstützung durch die Soziale Arbeit“

Oberkategorie	Unterkategorie
Bildungsarbeit (n = 59)	Handlungsfeldübergreifende Wissensvermittlung über klimapolitisches Engagement (n = 18) Schulsozialarbeit (n = 16) Offene Kinder- und Jugendarbeit (n = 10) Kompetenzvermittlung (Workshops) (n = 10) Entwicklung von Klima- und Nachhaltigkeitsbewusstsein (n = 3)
Arbeit mit Zielgruppe (n = 30)	Beratung für Betroffene (n = 20) Mental Health (n = 10)
Netzwerkarbeit (n = 24)	Austausch mit Gleichgesinnten (n = 11) Stadtteilarbeit (n = 6) Selbstorganisation von Gruppen (n = 4) Bereitstellung von Infrastruktur (n = 3)
Politische Soziale Arbeit (n = 23)	Politisches Mandat der Sozialen Arbeit (n = 10) Interessenvertretung (n = 9) Vermittlung / Mediation (n = 4)
Rolle der Fachkräfte (n = 18)	Haltung und Arbeitsweise (n = 10) Vermittlung weiterer Hilfsangebote (n = 5) Empowerment (n = 3)
Sonstiges (n = 18)	

noch nie Ansprechpersonen aus Schule, Vereinen oder Jugendzentren aufgesucht zu haben. Der geringen Inanspruchnahme von Hilfeangeboten steht ein stark ausgeprägter Wunsch nach diesen gegenüber: 70,6 Prozent wünschten sich Unterstützung in ihrem klimapolitischen Engagement auf individueller Ebene, 90,3 Prozent auf struktureller Ebene. Außerdem gaben 14,1 Prozent der Befragten einen Wunsch nach Beratung oder Therapie an.

Um spezifische Unterstützungsressourcen durch die Soziale Arbeit zu erfassen, schloss der Fragebogen mit der offenen Frage, wie die Soziale Arbeit klimapolitisch engagierte Menschen unterstützen sollte. Von den 163 Teilnehmenden nutzten 87 die Möglichkeit, in Freitexten ihre konkreten Wünsche an die Soziale Arbeit zu formulieren. Das erstellte Kategoriensystem umfasst 5 Hauptkategorien und 18 Unterkategorien (Tabelle 1). Diese behalten sowohl allgemeine Einsatzfelder als auch spezifische Methoden oder Themenvorschläge sowie Wünsche an das Verhalten der unterstützenden Sozialarbeiter:innen. Aspekte mit wenigen Nennungen (n < 3) wurden der Kategorie Sonstiges zugeordnet. Insgesamt zeigten die Befragten einen hohen Bedarf an Austausch und externer Unterstützung sowie konkrete Gestaltungswünsche. Um dies zu verdeutlichen, werden ausgewählte Zitate der Befragten im Folgenden wiedergegeben.

Die meisten Antworten zielen auf den Bereich der Bildungsarbeit ab. Besonders häufig wurde die Schule als wichtige Institution genannt. Viele Befragte betonten den Wunsch nach Ansprechpersonen vor Ort: „*Es würde, glaube ich, sehr helfen, wenn man dafür sorgt, dass es in Schulen, Vereinen etc. eine Möglichkeit (bspw. eine Ansprechperson) gibt, bei der man frei die Sorgen und Ängste äußern kann.*“ Im Rahmen der Bildungsarbeit wurden nicht nur Einsatzorte und Zielgruppen benannt, sondern auch spezifische Angebote eingefordert. In mehreren Antworten wurden „*Aufklärungsangebote in Schulklassen (also Vorträge, in denen die Klimakrise und der Umgang mit Belastungen durch die Klimakrise vorgestellt werden)*“, gewünscht. Darüber hinaus gab es die Forderung nach Workshops zu unterschiedlichen Themen wie „*Erschöpfung/Burnout*“, „*Grenzen setzen*“ oder „*Gewalterfahrungen*“.

In vielen Aussagen wurden sowohl die emotionale Belastung als auch die Frustration vieler klimapolitisch engagierter Menschen über fehlende politische Handlungen sichtbar. Beispielhaft benennt eine befragte Person „*zu wenig politische Entscheidungen in die Richtung, die wissenschaftlicher Konsens ist*“. Häufig wünschten sich die Befragten individuelle Beratungsangebote, die sensibel auf die Anliegen der Zielgruppe eingehen und ihren Themen Raum geben. Konkret wurde der Bedarf an Wissen zum Umgang mit psychischen Belastungen und der Förderung

mentaler Gesundheit geäußert: „*Lernräume schaffen für einen gesunden Umgang mit Emotionen.*“

Einige Befragte heben die Notwendigkeit proaktiver, leicht zugänglicher Angebote (Bringstrukturen) hervor, während andere den Wunsch nach selbstorganisierten Räumen und Netzwerken (Kommstrukturen) äußern: „*Räume schaffen, in denen Menschen sich austauschen und aktiv werden können, sich vernetzen können. Gerne auch innerhalb eines Stadtteils, sodass Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen zusammenkommen können und das Thema Klimakrise nicht nur in der Bubble bleibt.*“ Ergänzend zur individuellen Beratung und Unterstützung von umweltpolitisch engagierten Personen durch Fachkräfte wurde die Bereitstellung von Möglichkeiten zum Austausch unter Gleichgesinnten gefordert, um Räume für die Thematisierung von Gefühlen, Positionen und Anliegen zu schaffen: „*Professionell geleitete Begegnungsstätten für Menschen, die Resilienzbedarf haben.*“

In einigen Antworten wurden auch konkrete Erwartungen an die Haltung der Sozialen Arbeit thematisiert. Diese waren entweder dem Bereich der politischen Sozialen Arbeit zuzuordnen oder appellierte an die Verantwortung der Fachkräfte. Bezüglich des politischen Mandats der Sozialen Arbeit sahen viele die Notwendigkeit einer klaren Haltung zu umweltbezogenen Themen: „*Positionierung und Erklärung von Positionen, um Akzeptanz zu erhöhen und zu zeigen, dass Menschen nicht alleine sind.*“ Zudem wurde gefordert, dass die Soziale Arbeit öffentlich Stellung bezieht und auf politischer Ebene Einfluss nimmt: „*politische Positionierung als Berufsgruppe mit entsprechenden Eingaben an die Akteure der Politik.*“ Auch von den einzelnen Fachkräften wurde eine informierte und ernsthafte Haltung zu klimapolitischen Themen sowie Respekt gegenüber Aktivist:innen gewünscht: „*Sorgen ernst nehmen und sich mit Klimawandel auseinandersetzen. Hab's schon öfter erlebt, dass professionelle Helfer:innen gar nichts über die Folgen der Klimakatastrophe wussten und das ist sehr traurig. Bevor Aktivisten geholfen werden kann, sollte eine eigene Haltung dazu entwickelt werden und darüber aufgeklärt werden. Soziale Arbeit trägt Verantwortung und das sollte bereits in der Ausbildung aufgegriffen werden, damit den Menschen gut geholfen werden kann.*“

4 Diskussion und Fazit | Die Ergebnisse dieser Studie stehen im Einklang mit dem aktuellen Erkenntnisstand zu *Climate Emotions* sowie zu den Sichtweisen und Motiven von klimapolitisch engagierten Menschen (Catell 2021, Godden et al. 2021, Nicolai 2022). Sie bestätigen insbesondere die eingangs dargestellten Befunde von Frick und Gossen (2022): Den Herausforderungen und Belastungen, die mit dem Engagement verbunden werden, stehen Selbstwirksamkeitserfahrungen und die Möglichkeit, persönliche Kompetenzen einzubringen, gegenüber. Zwar kann der zeitliche Aufwand eine Belastung darstellen, jedoch überwiegt die positive Erfahrung sozialer Unterstützung und Sinnhaftigkeit. Obwohl die Befragten in der vorliegenden Online-Studie multiple Belastungen durch Gefühle hoher Verantwortung, vielfältiger Verpflichtungen sowie Stress empfanden, beeinflussten im Wesentlichen die Gefühle und Herausforderungen, die in direktem Zusammenhang mit der Klimakrise stehen, das Belastungsempfinden. Diese Tendenz zeigte sich ebenfalls in der Auswertung der Lebensbereiche, bei denen Sorgen in Bezug auf den Klimawandel am häufigsten genannt wurden. Bereits an zweiter Stelle wurden indes Belastungen und Sorgen im Bereich der persönlichen Gesundheit angegeben. Dieser Befund ist im Hinblick auf das junge Durchschnittsalter der befragten Stichprobe ($M = 29,9$ Jahre) auffällig und könnte darauf hindeuten, dass im Rahmen des klimapolitischen Engagements erlebte Belastungen teilweise zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Dieses Phänomen beschreiben auch Frick und Gossen (2022), wonach sich psychische Belastungen im Zusammenhang mit klimapolitischem Engagement und damit verbundenen Stressoren wie „Druck, Zeitstress und Verpflichtungen“ (S. 9) vielfältig ausprägen können. Diese Diversität findet sich auch in dem Begriff „Activism Burnout“ (ebd.) wieder, welcher dafür in der Literatur verwendet wird. Auf der anderen Seite machen die Angaben der Befragten auch zahlreiche Ressourcen sichtbar. Neben individuellen Entlastungsstrategien sind dabei vor allem die kollektiven Resilienzfaktoren bedeutsam, die im gemeinsamen Engagement durch stärkende Gruppenaktivitäten und -erfahrungen mit Gleichgesinnten spürbar werden (Peter; Niessen 2022). Ergänzend ist das Erleben von Sinnhaftigkeit und die Erweiterung persönlicher Kompetenzen hervorzuheben. Um mit Stressbelastungen umzugehen, wandten die Befragten vor allem reaktionsorientierte Bewältigungsstrategien an (bei-

spielsweise bewusste Ablenkung oder positives Denken), wohingegen problemorientierte Strategien (beispielsweise Veränderung belastender Bedingungen) weniger häufig genannt wurden. Allerdings kann auch das klimapolitische Engagement selbst als wichtige Bewältigungsstrategie betrachtet werden.

Ein Forschungsinteresse der vorliegenden Studie war es, die Perspektive der Sozialen Arbeit zu fokussieren. Hier zeigte sich, dass die Befragten teilweise sehr konkrete Wünsche und Erwartungen an die Disziplin sowie an die Fachkräfte der Sozialen Arbeit artikulierten. Der Wunsch nach einer informierten und sensibilisierten Haltung der Sozialarbeiter:innen im Hinblick auf die Klimakrise wurde deutlich; ferner eine engagierte und verständnisvolle Unterstützung von Klimaaktivist:innen. Darüber hinaus wurden zahlreiche Handlungsfelder der Sozialen Arbeit benannt, in denen Angebote und Maßnahmen als wünschenswert erachtet wurden. Vor allem die Schulsozialarbeit und die Offene Jugendarbeit wurden häufig als Bereiche einer umweltbezogenen Bildungsarbeit genannt. Die Befragten forderten nicht nur Wissensvermittlung und Kompetenzentwicklung, wie beispielsweise, dass „*Lernräume [ge]schaffen [werden] für einen gesunden Umgang mit Emotionen*“ (Zitat einer befragten Person), sondern auch die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung und Einflussnahme. Die Soziale Arbeit sollte jungen Menschen diese partizipativen Möglichkeiten eröffnen und ihre Selbstwirksamkeit stärken, um ihnen eine aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Gleichzeitig gehört es zu den Aufgaben der Sozialen Arbeit, diese Prozesse politisch zu gestalten. Diese politische Verantwortung der Sozialen Arbeit thematisierten auch die Befragten, denen zufolge sich die Profession klar positionieren sollte. An dieser Stelle wurden auch Forderungen nach Lobbyarbeit und Interessensvertretung durch Fachvertreter:innen und berufspolitische Gremien formuliert. Aus den referierten Ergebnissen lassen sich zahlreiche Impulse für die Soziale Arbeit ableiten, die an dieser Stelle nur skizziert werden können. Die Soziale Arbeit reklamiert ein ganzheitliches und mehrdimensionales Mandat für sich, das sowohl auf die Förderung des Individuums und die Verbesserung seiner Lebensumstände als auch auf die Änderung gesellschaftlicher Bedingungen abzielt. Im Zuge der transformativen Prozesse im Rahmen des Klimawandels wird jedoch immer deutlicher, dass dieses Mandat um eine öko-

logische Perspektive erweitert werden müsste: Soziale Arbeit sollte immer auch die Erhaltung und Förderung der natürlichen Lebensgrundlagen im Blick haben, da diese eine unabdingbare Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit sowie für individuelle Teilhabe und Gesundheit sind. Für die konkrete Umsetzung dieser ökologischen Perspektive bieten sich vielfältige Chancen, zum Beispiel im Rahmen von Aus- und Fortbildung von Sozialarbeiter:innen, der Konzeption von Unterstützungsangeboten für klimapolitisch Engagierte und der politischen Arbeit von Berufsverbänden und Gremien. Insbesondere im Rahmen der Bildungsarbeit könnte die Soziale Arbeit eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, niederschwellige Unterstützungsangebote zu etablieren. Dabei ist eine Sensibilisierung von Sozialarbeiter:innen für die Belastungen im Kontext der Klimakrise ebenso bedeutsam wie die Vermittlung von Kompetenzen zum konkreten Umgang mit diesem Thema im Rahmen sozialarbeiterischer Tätigkeiten. Spezifische Unterstützungsangebote könnten die individuelle und kollektive Resilienz junger klimapolitisch aktiver Menschen stärken und ihnen helfen, besser mit den psychischen Belastungen ihres Engagements umzugehen (Peter; Niessen 2022). An dieser Stelle ist beispielsweise das Konzept der Green Social Work anzuführen, welche unterschiedliche Arbeitsweisen und Handlungsstrategien im Kontext von Umwelt- und Klimaaktivismus vereint (Ferguson et al. 2018). Angebote umfassen beispielsweise die Resilienzstärkung in Communities (Schmelz 2024), lokale und globale Angebote der politischen Bildung sowie Politikberatung (Husi 2022). Im Rahmen einer gemeinsamen Verpflichtung, auf den Klimawandel und seine Folgen zu reagieren, kann und sollte das Handeln aber weder in der Verantwortung Einzelner noch bei bestimmten Professionen wie der Sozialen Arbeit liegen. Stattdessen braucht es globale politische und wirtschaftliche Lösungen.

Bei der wissenschaftlichen Einordnung der vorliegenden Studie sind einige methodische Limitationen zu berücksichtigen. So ist anzumerken, dass ausschließlich Personen befragt wurden, die klimapolitisch engagiert sind, weshalb die Gegenüberstellung einer Vergleichsgruppe ohne diese Form des Engagements nicht realisierbar war. Eine weitere Limitation besteht darin, dass eine umfassende Erhebung alternativer Faktoren (beispielsweise Konflikte im sozialen Umfeld, finanzielle, gesundheitliche oder berufli-

che Belastung), welche die Belastungen ebenso bedingt haben könnten, schwer umsetzbar ist, wodurch Kausalzusammenhänge nur bedingt aufgestellt werden und die Ergebnisse lediglich Hinweise auf mögliche Korrelationen geben können. Da die Daten über einen im Internet frei zugänglichen Online-Fragebogen erhoben wurden, war eine kontrollierte Stichprobengewinnung nicht möglich, sodass systematische Selektionseffekte nicht ausgeschlossen werden können. So nahmen vermutlich vor allem Menschen teil, die das Thema der Studie besonders wichtig und unterstützenswert fanden. Umgekehrt könnten Personen mit kritischer Haltung gegenüber der akademischen Bewegungsforschung möglicherweise unterrepräsentiert sein. Dennoch ist festzustellen, dass die Ergebnisse der Studie in hohem Maße anschlussfähig an bisherige Forschungsbefunde sind und diese im Hinblick auf die Relevanz für die Sozialen Arbeit ergänzen. Gleichzeitig ergeben sich aus den Ergebnissen weiterführende Forschungsbedarfe. Basierend auf der Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach passenden Unterstützungsangeboten und der geringen Inanspruchnahme bisheriger Angebote gilt es exemplarisch herauszufinden, wie bestehende Angebote passgenauer gestaltet und zusätzliche Angebote geschaffen werden können.

Marie Euskirchen, Sozialarbeiterin (M.A.), ist im Bereich der Pferdegestützten Interventionen am Lohner Hof Reit- und Therapiezentrum e.V. tätig. E-Mail: marie.eu@posteo.de

Lisa-Marie Graf, Sozialarbeiterin (M.A.), ist in einer klinisch-intensivpädagogischen Wohngruppe des Trägers klinische Jugendhilfe 1-2-Go! tätig. E-Mail: lisa-m.graf@gmx.de

Elias Monden, Sozialarbeiter (M.A.), ist in der freien Straffälligenhilfe bei Alpha Deutschland e.V. tätig. E-Mail: elias.monden@gmail.com

Kilian Petzold, Sozialarbeiter (M.A.), ist in Wohngruppen für Menschen mit kognitiven und Mehrfachbeeinträchtigungen tätig. E-Mail: kilianpetzold@gmx.de

Prof. Dr. Johannes Jungbauer, Dipl.-Psychologe, ist Professor für Psychologie an der Katholischen Hochschule NRW in Aachen. E-Mail: j.jungbauer@katho-nrw.de

Dieser Beitrag wurde in einem Double-Blind Peer-Review begutachtet und am 10.3.2025 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Clayton**, Susan: Climate Change and Mental Health. In: Current Environmental Health Reports 1/2021, S. 1-6
- Frick**, Vivian; Gossen, Maike: Junge Menschen in der Klimakrise. Eine Untersuchung zu emotionaler Belastung, Bewältigungsstrategien und Unterstützungsangeboten im Kontext von Klimawandel und Umweltproblemen in der Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2021“. In: <https://bit.ly/3X6qEtz> (veröffentlicht 2022, abgerufen 22.7.2024)
- Ferguson**, Ian; Vassilios loakimidis; Michael Lavalette: Global Social Work in a Political Context. Bristol 2018
- Godden**, Naomi et al.: Climate change, activism, and supporting the mental health of children and young people. Perspectives from Western Australia. In: Journal of Paediatrics and Child Health 11/2021, S. 1759-1764
- Heinz**, Andreas; Meyer-Lindenberg, Andreas; DGPPN-Task-Force „Klima und Psyche“: Klimawandel und psychische Gesundheit. In: Der Nervenarzt 3/2023, S. 225-233
- Husni**, Gregor: Grüne Soziale Arbeit. Eine sozialtheoretische Fundierung. In: Soziale Arbeit 8-9/2022, S. 300-309
- Kalwak**, Weronika; Weihold, Vanessa: The Relationality of Ecological Emotions. An Interdisciplinary Critique of Individual Resilience as Psychology's Response to the Climate Crisis. In: Frontiers in Psychology 2022, <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2022.823620>
- Nicolai**, Susanne: Climate Anger: Handlungsaktivierung im Klimaaktivismus durch Zorn und die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit. In: van Bronswijk, Katharina; Hausmann, Christoph: Climate Emotions. Gießen 2022, S. 165-184
- Peter**, Felix, Niessen, Pia: Resilienz als Konzept für die Klimakrise. Ein Wegweiser zu einem ganzheitlichen Resilienzverständnis. In: van Bronswijk, Katharina; Hausmann, Christoph: Climate Emotions. Gießen 2022, S. 229-256
- Schmelz**, Andrea: Green Social Work auf einem beschädigten Planeten. Klimadesaster, globale Krisen und das (Post-)Anthropozän. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 4/2022, S. 457-475
- Straßen**, Amelie: Klimaschutz als Privileg? Milieuspezifische Handlungsbefähigung von Schüler*innen in Bezug auf den Klimawandel. In: <https://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/8343> (veröffentlicht 2022, abgerufen 20.2.2025)
- WHO** – Weltgesundheitsorganisation: Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung. In: <https://iris.who.int/handle/10665/349654> (veröffentlicht 1986, abgerufen 20.3.2025)
- WHO** – Weltgesundheitsorganisation: Promoting mental health. Concepts, emerging evidence, practice. Summary report. Geneva 2004

ALLGEMEINES

Forderung nach mehr Schutz für geflüchtete Frauen.

Frauen. Die UNO-Flüchtlingshilfe ruft zu verstärkten Schutzmaßnahmen für geflüchtete Frauen auf, die nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu Sicherheit, Gesundheitsleistungen und Bildung hätten und einem hohen Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt seien. Als nationaler Partner des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen stellt die UNO-Flüchtlingshilfe Geldmittel für viele Initiativen für Frauen und Mädchen bereit, wie unter anderem für das weltweit umgesetzte Programm „Sexual and Gender Based Violence“. Siehe auch <https://kurzlinks.de/iqrp>. Quelle: Pressemeldung der UNO-Flüchtlingshilfe vom 7.3.2025

Aufruf zu Umsetzung und Weiterentwicklung des Bundesteilhabegesetzes. Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG), das vom 1.1.2017 schrittweise bis zum 1.1.2023 in Kraft getreten ist, sollte das Recht der Eingliederungshilfe grundlegend reformiert werden, um die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung stärker zu berücksichtigen. Nachdem das Bundessozialministerium im Februar dieses Jahres die Ergebnisse der Evaluationen des BTHG veröffentlichte, haben die fünf Fachverbände der Behindertenhilfe am 3. März ein Positionspapier mit Vorschlägen und Anwendungshinweisen zur Umsetzung und Weiterentwicklung des BTHG verabschiedet. Diese beziehen sich unter anderem auf die Bedarfsermittlung und Gesamtplanung, das Wohnen, die Vergütung, den Vermögensschonbetrag, die Wirkungskontrolle und den Fachkräftemangel. Zu dem 22-seitigen Papier geht es unter www.diefachverbaende.de/files/stellungnahmen/20250303_PP_BTHG_FV.pdf. Quelle: Internetseite der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

SOZIALES

Appell zu Maßnahmen gegen weibliche Wohnungslosigkeit. Laut der BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), die sich auf den Wohnungslosenbericht 2024 der Bundesregierung beruft, sind in der Bundesrepublik mindestens 220 000 Frauen (inklusive Menschen, die sich als weiblich identifizieren) wohnungslos. Als Hauptauslöser benennt die BAG W Mietschulden, Gewalt in der Partnerschaft oder Herkunfts-familie, Trennung, wirtschaftliche Abhängigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Aus Angst vor Gewalt und Stigmatisierung mieden Frauen gemischtgeschlechtliche Unterkünfte, die mehrheitlich von Männern aufgesucht würden. Auch blieben sie oft lange Zeit in unsicheren Mitwohnverhältnissen, anstatt Hilfe in Anspruch zu nehmen. Vor diesem Hintergrund fordert die BAG W die neue Bundesregierung auf, Wohnungskontingente für wohnungslose Frauen und deren Kinder, eine frauengerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungs politik sowie spezialisierte Hilfeangebote auf den Weg zu bringen. Quelle: Pressemitteilung der BAG W vom 7.3.2025

Informationen zu Mobbing-Erfahrungen von Jugendlichen. Die Aktion Mensch veröffentlichte vergleichende Zahlen zu Mobbing-Erfahrungen von jungen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung. Die zwischen November 2023 und Februar 2024 durchgeföhrten Befragungen zum Inklusionsbarometer Jugend hätten ergeben, dass mehr als ein Drittel der 14- 27-jährigen Jugendlichen mit Behinderung bereits Erfahrung mit Cybermobbing gemacht hätte. Bei Jugendlichen ohne Behinderung treffe dies nur auf rund ein Fünftel zu. 44% der jungen Menschen mit, aber nur 16% jener ohne Handicap berichteten, in der Schule von Mitschüler:innen oder Lehrkräften gemobbt worden zu sein. Beobachtbar sei auch, dass Jugendliche mit Sinnesbeeinträchtigungen wesentlich weniger gemobbt würden als jene mit psychischen oder suchtspezifischen Problematiken. Die Aktion Mensch empfiehlt, Anti-Mobbing-Angebote und ein inklusives Miteinander proaktiv zu fördern. Weiteres unter www.aktion-mensch.de/presse#/l. Quelle: Mitteilung der Aktion Mensch vom 26.2.2025

GESUNDHEIT

Positionspapier zur Sozialen Arbeit im Gesundheitswesen. Für die Förderung der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung und für die Behinderungsprävention leisten die Angebote der Sozialen Arbeit einen wesentlichen Beitrag. Um dafür nötigen Kompetenzen aufzuzeigen, haben die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVFR) und die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG) im März dieses Jahres ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht. Wichtig seien neben theoretischem Fachwissen auch methodische Kenntnisse, soziale und personale Fähigkeiten sowie eine übergreifende Navigationskompetenz für die gezielte Initiierung und Steuerung der Inanspruchnahme passgenauer Leistungen. Den Anforderungen müsse man in den Curricula der Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengängen der Sozialen Arbeit Rechnung tragen. Ein Link zu dem 13-seitigen Papier findet sich unter <https://dvsg.org/veroeffentlichungen/stellungnahmen-und-positionen/l>. Quelle: Internetseite der DVSG

JUGEND UND FAMILIE

Studie zur Elternschaft nach sexueller Gewalt in der Kindheit. Um die Auswirkungen erlebter sexueller Gewalt auf eine mögliche Elternschaft zu untersuchen, hat das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut zu Geschlechterfragen Freiburg in Kooperation mit dem SOCLÉS International Centre for Socio-Legal Studies die am 4.3.2025 veröffentlichte empirische Studie „Elternschaft nach sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend“ durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse wurden Empfehlungen für die Politik und das Unterstützungs system erarbeitet. Es gelte, spezifische Informationsangebote bereitzustellen, die Beratungsstellen zu sensibilisieren und den Austausch sowie die Vernetzung betroffener

fener Eltern zu fördern. Die Studie ist im Internet unter www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/Studie_Elternschaft-nach-sexueller-Gewalt-in-Kindheit-und-Jugend_.pdf einsehbar. Quelle: Pressemitteilung der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs vom 4.3.2025

Ringvorlesung Kinderrechte und Kinderschutz.

Das Transferzentrum Kinderschutz & Kinderrechte MV der Uni Rostock realisiert im Sommersemester 2025 und Wintersemester 2025/2026 die Ringvorlesung „Kinderrechte und Kinderschutz“, die sich einem breiten Spektrum an Themen rund um die Belange von Kindern widmet. Die hybride Vorlesungsreihe findet jeden Dienstagabend von 18.30 bis 20.00 Uhr statt. Im Einzelnen geht es um die Würde des Kindes, um diskriminierungssensibles Handeln, um Jugendarbeit und um sexualisierte Gewalt. Weitere Veranstaltungen widmen sich unter anderem dem Theorie-Praxis-Transfer und dem Monitoring der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Mehr unter www.iasp.uni-rostock.de/projekte/projekte/transferzentrum-kinderschutz-mvl. Quelle: Mitteilung der Universität Rostock vom 4.3.2025

AUSBILDUNG UND BERUF

Ringvorlesung Gemeinwesenarbeit. Die Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) führt vom 16.4.-9.7.2025 eine hochschulübergreifende Online-Ringvorlesung zur Gemeinwesenarbeit durch. Die Vorlesungen finden 14-tägig mittwochs von 18.00–19.30 Uhr statt. Thematisiert werden die historische Entwicklung, der heutige Stand und die Zukunft der Gemeinwesenheit. Darüber hinaus geht es um Fragen der Wohlfahrtsstaatlichkeit, der subjektiven und kollektiven Handlungsfähigkeit, der Demokratieförderung und der (sozialen) Nachhaltigkeit. Näheres unter <https://kurzlinks.de/rugm>. Quelle: Mitteilung von Prof. Dr. Oliver Fehren vom 16.3.2025

Studie zum Gender Pay Gap. Um die geschlechts-spezifischen Lohnunterschiede zu untersuchen, realisierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie zum Gender Pay Gap. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag diese Differenz im Jahr 2024 in Ostdeutschland bei 5% und in Westdeutschland bei 17%. Im Westen würden die stärkeren Lohnunterschiede erst ab einem Alter von zirka 33 Jahren signifikant, was in etwa mit dem Zeitpunkt der Familiengründung zusammenfalle. Wenn die Politik das Ziel einer Entgeltgleichheit ernsthaft angehen wolle, müsse sie verstärkt Impulse für eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit setzen. Mehr unter www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.939396.de/25-10-1.pdf. Quelle: DIW Wochenbericht 10/2025

21.-22.5.2025 Nürnberg. Internationale Fachkonferenz anlässlich 20 Jahre BAMF-Forschungszentrum. Information: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg, E-Mail: pressestelle@bamf.bund.de

22.-23.5.2025 Graz (Österreich). Navigating Uncertainty. Migration and Anti-Democratic Challenges Today. 6th International Conference of the ESREA Migration, Transnationalism and Racisms Network. Information: European Society for Research on the Education of Adults (ESREA), Universitätsplatz 3, 8010 Graz (Österreich), E-Mail: esrea_sec@die-bonn.de

23.-24.5.2025 Erfurt. Familie und ihre Öffentlichkeit(en). Tagung des Netzwerks Erziehungswissenschaftliche Familienforschung (EWIFF). Information: Netzwerk Erziehungswissenschaftliche Familienforschung, Universität zu Köln, Innere Kanalstraße 15, 50823 Köln, E-Mail: anja.schierbaum@uni-erfurt.de

25.5.2025 Köln. Stationäre Versorgung. 21. Kölner Sozialrechtstag. Information: Institut für Deutsches und Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (IDEAS), Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, E-Mail: ideas-institut@uni-koeln.de

29.-31.5.2025 Bielefeld. 100 Jahre Gilde Soziale Arbeit. Konflikte und ‚social action‘. Die Geschichte(n) von Morgen. 84. Jahrestagung der Gilde Soziale Arbeit. Information: Gilde Soziale Arbeit e.V., c/o Sächsische Landjugend e.V., Unterer Kreuzweg 6, 01097 Dresden, E-Mail: geschaeftsfuehrung@gilde-soziale-arbeit.de

11.-13.6.2025 Olten (Schweiz). Solidarity – aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen im Kontext von Migration und ‚Sustainable Global Social Work‘. 25. Internationale Migrationskonferenz. Information: Fachhochschule Nordwestschweiz, Institut Integration und Partizipation, Riggensbachstrasse 16, 4600 Olten (Schweiz), E-Mail: thomas.geisen@fhnw.ch

19.-20.6.2025 Halle-Wittenberg. Jugend(en) im Spannungsfeld von Normativität(en) und Normalität(en). Information: u. a. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universitätsplatz 10, 06108 Halle, E-Mail: jugendforschung@paedagogik.uni-halle.de

23.-24.6.2025 Bremerhaven. KLASSE THEMAtisieren. Klassismuskritisch Sprechen, Reflektieren und Forschen in der Sozialen Arbeit. Information: Hochschule Bremerhaven, An der Karlstadt 8, 27568 Bremerhaven, E-Mail: klassismuskritik@hs-bremerhaven.de

23.-26.6.2025 Salzburg (Österreich). Social Connectedness - Contemporary Challenges and Opportunities. Information: European Association of Schools of Social Work (EASSW), Maastricht (Niederlande), E-Mail: ecswe2025@fh-salzburg.ac.at

2.01 Staat / Gesellschaft

Butterwegge, Christoph: Bilanz der Ampelkoalition: Sozialer Fortschritt blieb weitgehend aus. - In: neue caritas ; Jg. 126, 2025, Nr. 2, S. 29-30. *DZI-0015z*

Grgic, Mariana: Jugendfreiwilligendienste - Nischendasein oder Wegweiser für späteres Engagement junger Frauen und Männer? - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 19, 2024, Nr. 4, S. 533-564. *DZI-3052*

Johner-Kobi, Sylvie: Tandemprogramme für geflüchtete Personen: die wichtige Rolle der professionellen Begleitung. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 262-269. *DZI-2675z*

Konhäuser, Lucas: Auswirkungen kritischer Ereignisse bei Auslandseinsätzen auf die psychische Gesundheit von Militärpersonal. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 87, 2025, Nr. 1, S. 21-26. *DZI-0021z*

Martin, Anne: Beratung via Chatbot: Möglichkeiten und Anforderungen beim Einsatz Generativer KI in einem bildungswissenschaftlichen Lehramts-Modul. - In: e-beratungsjournal.net ; Jg. 20, 2024, Nr. 1, S. 22-40. *DZI-3076*

Weber, Oliver: Der gefesselte Staat: über das demokratietheoretische Verhängnis der Schuldenbremse. - In: Leviathan ; Jg. 52, 2024, Nr. 4, S. 555-581. *DZI-2461*

2.02 Sozialpolitik

Binder, Nora: Partizipation und Effizienz: demokratische Gruppendynamik bei Kurt Lewin. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 467-476. *DZI-2228z*

Bossle, Michael: „Störfall Pflegekammer“: bildungspolitische Reflexion zur systematischen Verhinderung von Pflegekammern in Deutschland. - In: Gesundheits- und Sozialpolitik ; Jg. 78, 2024, Nr. 3, S. 21-29. *DZI-0079z*

Friederich, Charlott: Soziale Mobilitätswende - worauf es ankommt. - In: neue caritas ; Jg. 126, 2025, Nr. 2, S. 25-28. *DZI-0015z*

Kutschke, Geraldine: Interdisziplinäre Empfehlungen für die Entwicklung von Gesundheitskiosken als niedrigschwellige, kommunale Versorgungsstrukturen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 87, 2025, Nr. 1, S. 47-53. *DZI-0021z*

Lips, Anna: Jugendpolitik während der COVID-19-Pandemie: Jenseits des Bedauerns – zur Notwendigkeit einer Jugendpolitikfolgenforschung. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 19, 2024, Nr. 4, S. 479-494. *DZI-3052*

Will, Anne-Kathrin: Löst „Einwanderungsgeschichte“ die Probleme des „Migrationshintergrundes“? - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 245-254. *DZI-2675z*

2.03 Leben / Arbeit / Beruf

Brandenberg, Elias: Nachhaltige Entwicklung sozialräumlich denken: eine Perspektive zur Erweiterung von Handlungsoptionen für kleine und mittelgroße Städte. - In: Sozialraum. ; 2024, Nr. 1. *DZI-3088*

Busch, Michael W.: Exploitation und Exploration in dualen Organisationen: vom Nebeneinander zum Miteinander. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 497-508. *DZI-2228z*

Kessl, Fabian: Eine Antwort auf unterschiedliche Fragen? Inklusive Sozialraumarbeit als Perspektive professioneller Arbeit. - In: EthikJournal ; Jg. 10, 2024, Nr. 2, S. 61-78. *DZI-3090*

Lenz-Urbach, Tanja: Arbeitszeit im Flow. - In: Altenheim ; Jg. 63, 2024, Nr. 11, S. 26-27. *DZI-1449*

Minkus, Lara: Schwangerschaftsabbrüche und Lebenslagen: Erkenntnisse auf Basis von pairfam-Daten. - In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz ; Jg. 68, 2025, Nr. 1, S. 11-18. *DZI-1130z*

Müller, Nicolas: Belastungen, Stress und Grenzverschiebungen in einer grenzenlosen Arbeitswelt – wie damit umgehen? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 56, 2024, Nr. 4, S. 606-619. *DZI-2944*

Pettenkofer, Andreas: Die begrenzte Skandalisierbarkeit des Unterlassens: zu einem Dilemma klimapolitischer Proteste. - In: Leviathan ; Jg. 52, 2024, Nr. 4, S. 472-494. *DZI-2461*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

David, Matthias: Klinisch-praktische Aspekte der Vorbereitung, Durchführung und Nachbetreuung beim Schwangerschaftsabbruch im ersten Trimenon. - In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesund-

heitsschutz ; Jg. 68, 2025, Nr. 1, S. 38-44. *DZI-1130z*

Kleinschmidt, Janine: Public-Health-Professionals im Öffentlichen Gesundheitsdienst: die Verteilung gesundheitswissenschaftlicher Fachkräfte in deutschen Gesundheitsämtern. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 87, 2025, Nr. 1, S. 54-56. *DZI-0021z*

Lippert, Carolyn: Generative KI in der beraterischen Ausbildung: der Einsatz eines*r virtuellen Klient*in als Übungstool für angehende Onlineberater*innen. - In: e-beratungsjournal.net ; Jg. 20, 2024, Nr. 1, S. 41-60. *DZI-3076*

Röhrl, Bernd: Prävention und Gesundheitsförderung - gemeinsam weiterentwickeln und gestalten: Bericht zur 23. Statuskonferenz der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung am 2.09.2024. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 56, 2024, Nr. 4, S. 689-694. *DZI-2944*

Spaller, Christina: Gruppendynamik und Schule. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 509-516. *DZI-2228z*

5.01 Sozialwissenschaft und Sozialforschung

Arnold, Laura: Leitlinien im und für den Öffentlichen Gesundheitsdienst: Ergebnisse einer Onlinebefragung zu aktuellen Bedarfen aus der Praxis. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 87, 2025, Nr. 1, S. 57-61. *DZI-0021z*

Eppenstein, Thomas: Inklusion - Antidiskriminierung - Intersektionalität: Verschränkungen und Ambivalenzen einer Triade im Zeichen der Vielfalt. - In: EthikJournal ; Jg. 10, 2024, Nr. 2, S. 40-59. *DZI-3090*

Mecheril, Paul: Perspektiven kritischer Migrationsforschung als Reflexionsgrundlagen für soziale und pädagogische Handlungsfelder. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 221-228. *DZI-2675z*

Sari, Elif: Coachen, pushen, anleiten – wie Eltern Einfluss auf den Bildungsweg und Bildungserfolg ihrer Kinder im Teenageralter nehmen: Ergebnisse einer Pilotstudie. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 19, 2024, Nr. 4, S. 565-571. *DZI-3052*

5.03 Psychologie

Barth, Jonas: Intertemporale Freiheitssicherung und die Zukunft der Moderne. - In: Leviathan ; Jg. 52, 2024, Nr. 4, S. 495-524. *DZI-2461*

Dommnich, Jeremy J. R.: On psychosocial group dynamics during multi-lateral conference negotiations - experiences from COP28. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 535-545. *DZI-2228z*

Endres, David: QWiG-Evidenzbericht zum Thema psychische Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs. - In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz ; Jg. 68, 2025, Nr. 1, S. 45-52. *DZI-1130z*

Reschke, Konrad: Pandemie vorbei – Krieg näher gerückt – Anspannung bleibt: Welche Hilfen können die Ansätze der Stressbewältigung bieten? - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 56, 2024, Nr. 4, S. 590-604. *DZI-2944*

5.04 Erziehungswissenschaft

Jördens, Kim A.: How cooperative mindsets and course climate relate to the perceived impact of digital cooperation on learning in higher education. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 589-599. *DZI-2228z*

Lörz, Markus: Wie haben sich die Studienbedingungen, sozialen Ungleichheiten und Studienabbruchintentionen im Laufe der COVID-19-Pandemie verändert? - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 19, 2024, Nr. 4, S. 495-516. *DZI-3052*

Münch, Sybille: Migrationsforschung und Politikberatung. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 229-236. *DZI-2675z*

Reutlinger, Christian: Raum, Bildung, Landschaft: eine Analyse von Bildungslandschaftskonzepten aus ländschaftstheoretischer Sicht. - In: Sozialraum.de ; 2024, Nr. 1. *DZI-3088*

5.05 Soziologie

Boger, Mai-Anh: Anspruch und Begehr: ethische Reflexionen zu (un) gewollten Inklusionen. - In: Ethik-Journal ; Jg. 10, 2024, Nr. 2, S. 26-39. *DZI-3090*

Geisen, Thomas: Gegenstand und methodologische Anforderungen von Migrationsforschung in der Sozialen

Arbeit. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 204-211. *DZI-2675z*

Lorenz, Stephan: Sozio-ökologische Konflikte verstehen. - In: Leviathan ; Jg. 52, 2024, Nr. 4, S. 525-554. *DZI-2461*

5.06 Recht

Dienerowitz, Florian Michael: Der Diskurs um § 218 StGB seit der deutschen Wiedervereinigung: geschichtliche, rechtliche und ethische Aspekte des Schwangerschaftsabbruchs. - In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz ; Jg. 68, 2025, Nr. 1, S. 69-78. *DZI-1130z*

Richter, Ronald: Die Zahlungsverweigerung und die Verzugszinsen. - In: Altenheim ; Jg. 63, 2024, Nr. 11, S. 34-35. *DZI-1449*

Schwabe, Bernd-Günter: Einzelbeträge aus den Regelbedarfsstufen ab 1.1.2025: Leistungsfälle nach dem SGB II, dem SGB XII und nach § 2 AsylkLG. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 77, 2025, Nr. 1, S. 1-26. *DZI-0167*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

André, Robert: Vielleicht ist es ja ganz anders? Interventionen und forschende Haltung in gruppendiffamischen Trainings. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 569-576. *DZI-2228z*

Engels, Sylvia: Zwischendurch kurz beraten: ein Konzeptionsleitfaden und methodische Anregungen für die Messengerberatung. - In: e-beratungsjournal.net ; Jg. 20, 2024, Nr. 2, S. 34-68. *DZI-3076*

Feuerstein, Heinz-Joachim: Stressberatung in der Psychotherapie – personbezogen, erlebensorientiert, verfahrenskombiniert und theoriebasiert. - In: Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis ; Jg. 56, 2024, Nr. 4, S. 634-645. *DZI-2944*

Guerry, Sophie: Partizipation von Adressat*innen: Balanceakt zwischen Chancen und Risiken. - In: Sozial Aktuell ; 2025, Nr. 1, S. 12-15. *DZI-2220z*

Stiel, Mara: Online-Streetwork – Arbeitsfeld und Methode in der Sozialen Arbeit. - In: e-beratungsjournal.net ; Jg. 20, 2024, Nr. 2, S. 19-33. *DZI-3076*

Vogl, Thomas: Autorität in Teams als politisches Geschehen: der Einfluss der Autoritätsmuster auf die Teamreife. - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 487-495. *DZI-2228z*

7.01 Menschen in unterschiedlichen Altersstufen

Bareis, Ellen: Mit Martha Muchow und Ulrich Deinet in der Shopping Mall: sozialräumliches Handeln von Kindern und Jugendlichen in Konsumtempeln damals und heute. - In: Sozialraum.de ; 2024, Nr. 1. *DZI-3088*

Bolten, Mareike: Effektives Monitoring: das Dawes-Redman- oder computerisierte CTG (Oxford CTG). - In: Deutsches Hebammen-Zeitschrift ; Jg. 77, 2025, Nr. 2, S. 32-40. *DZI-0608*

Schlattmeier, Franziska: Raus aus der Gruppe – wie sich Kinder in der Kindertagesstätte entziehen. - In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung ; Jg. 19, 2024, Nr. 4, S. 517-532. *DZI-3052*

Sterchi, Amélie: Partizipation fördern - junge Menschen als aktive Gestalter*innen ihrer Gesellschaft. - In: Sozial Aktuell ; 2025, Nr. 1, S. 26-28. *DZI-2220z*

8.02 Länder / Gebietsbezeichnungen

Angèle, Maritta: Rückkehrmigration in die Türkei aus postmigrantischer Perspektive. - In: Migration und Soziale Arbeit ; Jg. 46, 2024, Nr. 3, S. 255-261. *DZI-2675z*

Funke, Sebastian: Partizipation älterer Migrant*innen in der Schweiz. - In: Sozial Aktuell ; 2025, Nr. 1, S. 24-25. *DZI-2220z*

Rappich, Julia: Gruppendiffamische Prozesse im alpinen Feld: eine unterschätzte Dimension? - In: Gruppe. Interaktion. Organisation. ; Jg. 55, 2024, Nr. 4, S. 547-555. *DZI-2228z*

Die Zeitschriftenbibliografie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI stellt die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung:
Telefon 030/83 90 01-13
Fax 030/831 4750
E-Mail bibliothek@dzi.de

Beratung von Migrantinnen in Gewaltsituationen.

Ethnographie der Frauenhausarbeit in Südtirol. Von Marina Della Rocca. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2025, 233 S., EUR 38,- *DZI-E-2748*

Die auf Initiativen der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren zunächst in Großbritannien entstandenen Frauenehäuser bieten Frauen und Kindern, die von männlicher Gewalt betroffen oder bedroht sind, eine vorübergehende geschützte Unterkunft sowie Hilfe und Beratung. Um eine konkrete Zielgruppe in den Blick zu nehmen, widmet sich dieses Buch der Lebenssituation von Migrantinnen, die in Südtirol in einem von der Autorin pseudonymisierten Frauenhaus Zuflucht gesucht haben. Als ehemalige Mitarbeiterin stützt sich die Autorin auf Einzelinterviews mit acht migrantischen Frauenehausbewohnerinnen, einige Interviews mit Fachkräften, eine teilnehmende Beobachtung im Nachtdienst und eine detaillierte Analyse von zehn Fällen, die sie selbst begleitet hat. Beschrieben wird nach einer einleitenden Präsentation des Forschungsfeldes und des Forschungsverfahrens zunächst der politische und soziale Kontext der Studie, wobei vor allem die italienische Rechtslage, die Migrationsbevölkerung in Südtirol sowie der Feminismus in Italien und im Allgemeinen im Fokus stehen. Daran anknüpfend geht es um die sprachlichen, gesetzlichen, ökonomischen, bürokratischen und ideologischen Barrieren, denen die betreffenden Frauen ausgesetzt sind. Auch die kulturelle Legitimierung geschlechtsspezifischer Gewalt und der kulturalistische Diskurs werden in diesem Zusammenhang beleuchtet. Ein weiteres Kapitel widmet sich dem Habitus der Frauenehausmitarbeiterinnen, deren Sichtweise mit der Untersuchung der zehn Fälle, den ethnografischen Erkenntnissen und den Erfahrungen der befragten Frauen verglichen wird. Berücksichtigung finden hierbei die Verflechtung multipler Formen der Diskriminierung, juristische Aspekte, Stereotypisierungen im Hilfe-Prozess, der Austritt aus dem Frauenhaus und die neoliberalen Logik. Zudem werden das aus der Komplexität der Situationen hervorgehende Wechselspiel zwischen der institutionellen Macht über die Frauen und jener für die Frauen aufgegriffen. Im Weiteren richtet sich das Interesse auf die Unterstützungspraktiken der Sozialdienste in Bezug auf die Mutterrolle der Bewohnerinnen. Im Einzelnen erläutert werden dabei die sekundäre Vikiemisierung gewaltbetroffener Frauen, indem diese für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht werden, die Funktion der Sozialassistent:innen im Umgang der Kinder mit den Vätern und das Neutralitätsprinzip. Letzteres diene häufig als Deckmantel für eine Disziplinierung von Klientinnen, die nicht gänzlich mit dem idealen Modell der Mutter konform gingen. Diskutiert wird ferner das Konzept der Agency (Handlungsmacht) und dessen Bedeutung für das Verhalten der thematisierten Frauen, deren Perspektive jener des Frauenehausteams gegenübergestellt wird. Die Darstellung mündet in eine Beschreibung der praktischen Maßnahmen, die auf der opera-

tiven Ebene und auf der Ebene der politischen Agenda von dem Verein, der als Träger des Frauenhauses agiert, ins Auge gefasst werden. Bei diesen handelt es sich um Wege des Empowerments wie beispielsweise durch den Aufbau persönlicher Beziehungen, durch eine Begleitung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, durch die Etablierung eines sprachlich-kulturellen Mediationsdienstes und durch eine Sensibilisierung zu den Folgen von Rassismus, zur Frauenrolle und zur Stärkung der Selbstbestimmung.

Soziale Organisationen managen. Eine praxisorientierte Einführung für Studierende. Von Stefanie Kessler und anderen. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2024, 208 S., EUR 27,90 *DZI-E-2749*

Als Management sozialer Organisationen ist das Sozialmanagement darauf ausgerichtet, die Ziele einer Einrichtung oder Institution unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessengruppen bestmöglich zu erreichen. Um Studierenden wesentliche Voraussetzungen hierfür zu vermitteln, bietet dieses Lehrbuch eine Zusammen schau der in diesem Zusammenhang relevanten Themen. Ausgehend von einer Skizzierung der Geschichte der Sozialen Arbeit und deren heutiger Organisationslandschaft werden zunächst die zentralen Begrifflichkeiten definiert, um dann organisationstheoretischen Aspekten nachzugehen. Hinsichtlich Letzterer geht es um formelle Strukturen, um die informelle Kommunikation, um verschiedene Organisationskulturen, um die Organisationsentwicklung und um die interorganisationalen Netzwerkarbeit. Ein eigenes Kapitel widmet sich dem betriebswirtschaftlichen Management. Hier finden sich Erläuterungen zu einigen Formen der Finanzierung, wie beispielsweise durch Leistungsentgelte, Zuschüsse und Zuwendungen sowie Fundraising und Fördermittel. Darüber hinaus werden das betriebliche Rechnungswesen und die Bedeutung von Tarifverträgen beleuchtet. Mit Blick auf zentrale Arbeitsfelder des Personalmanagements folgen Ausführungen zur Personalplanung, zur Personalgewinnung und zu unterschiedlichen Phasen und Instrumenten der Personalentwicklung. Beachtung finden neben den Führungsaufgaben auch die klassischen Führungskonzepte sowie besondere Herausforderungen wie beispielsweise im Umgang mit widersprüchlichen Werten und mit der Einbindung von Ehrenamtlichen. Zudem werden Ansätze, Instrumente, Potenziale und Grenzen des Qualitätsmanagements beschrieben, um aufzuzeigen, wie dessen Prozesse und Strukturen verankert werden können. Im Fokus stehen ferner spezifische Strategien der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Planung, Steuerung und Evaluation von Projekten. In einer abschließenden Bestandsaufnahme aktueller Trends in der Sozialwirtschaft gilt das Interesse zum einen der Digitalisierung, der Diversitätssensibilität sowie der Nachhaltigkeit und Gemeinwohlökonomie. Zum anderen werden auch der professionelle Umgang mit Fehlern, das Sozialunternehmertum und die

Gestaltung sozialer Innovationen aufgegriffen. Zu den einzelnen Hauptkapiteln ist im Internet unter <https://utb.de/doi/book/10.36198/9783838563183> ein Podcast verfügbar, in dem Führungskräfte und Expert:innen über ihre praktischen Erfahrungen im Managementalltag berichten.

Leichte Behördensprache. Entwicklung eines Konzepts zur Stärkung einer inklusiven Gesellschaft. Von Sonja Abend. Budrich Academic Press. Opladen 2025, 344 S., EUR 44,90 *DZI-E-2750*

Gemäß der im Jahr 2018 in Kraft getretenen Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes sind öffentliche Träger verpflichtet, Menschen mit kognitiven oder seelischen Behinderungen auf Wunsch Bescheide, Allgemeinverfügungen, Verträge und Vordrucke in einfacher und verständlicher oder Leichter Sprache zu erläutern. Um die Umsetzung zu erleichtern, wird in dieser Dissertation ein praxisorientiertes Konzept entwickelt, das Behörden in die Lage versetzt, die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Den empirischen Ausgangspunkt bilden die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 81 Behördenmitarbeiter:innen, die ergab, dass sich diese eine vereinfachte Sprache wünschten und erwarteten, diese könne zur Verringerung von Rückfragen und damit zu einer Zeiterparnis beitragen. Die Darstellung beginnt mit einer Spezifizierung der Parameter Verstehen und Verständlichkeit, wobei unter anderem Fragen in Bezug auf die Lesekompetenz und die Lesefreiheit sowie einige Prüfsiegel für Leichte Sprache wie Inclusion Europe und Capito im Fokus stehen. Im Weiteren geht es um die Möglichkeiten der Vereinfachung der Schriftsprache entlang verschiedener Regelwerke wie beispielsweise dem „Ratgeber für Leichte Sprache“ des Bundesarbeitsministeriums und einer Handreichung des Bundesverwaltungsamtes. Konkret erfolgt mit Blick auf die Rezipient:innen eine Beschreibung der Leichten Sprache im Kontext des Verwaltungshandelns, der Bürgernahen Verwaltungssprache und der in dieser Arbeit neu entwickelten Leichten Behördensprache. Hierbei gilt das Interesse jeweils den relevanten Rechtsgrundlagen, der medialen und visuellen Gestaltung sowie der Qualitätssicherung. Darüber hinaus werden die Schriftzeichen sowie die morphologischen, lexikalischen, syntaktischen, semantischen und textlichen Eigenschaften erläutert. Auch die KI-basierte Texterstellung mithilfe des Tools ChatGPT und der App Summ findet Beachtung. Ein zentrales Element der präsentierten Leichten Behördensprache sind die Summarys, mit denen die komplexen Inhalte von Bescheiden leicht verständlich auf einer A4-Seite komprimiert werden. Wichtig sei, solche Summarys allen Personen, die mit einer Behörde in Kontakt stünden, unaufgefordert als Zusatzdokument zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Konzeptentwicklung wurden Anwendbarkeitstests durchgeführt, deren Beschreibung abschließend ergänzt wird durch Impulse für die zukünftige Forschung.

Spielräume des Ermessens. Praxeologische Überlegungen zu Aushandlungsprozessen in Fallbesprechungen der Jugendsozialarbeit. Von Michael Rölver. Verlag Beltz Juventa. Weinheim 2025, 396 S., EUR 68,—
DZI-E-2754

Die auf sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen spezialisierte Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, deren Integration in die Bildungs- oder Arbeitswelt und in die Gesellschaft zu fördern und zu begleiten. Mit dem Ziel, die in diesem Handlungsfeld häufig getroffenen Ermessensentscheidungen zu erforschen, befasst sich diese Dissertation mit deren Spielräumen und mit den zugrundeliegenden praktischen Logiken. Anhand von fünf Fallbesprechungen wird analysiert, wie Ermessensspielräume in Teams sozial hergestellt sowie kommunikativ ausgehandelt werden und welche Relevanz sie für die Entstehung und Reproduktion professionalisierter Praxis spielen. Hierbei gilt das Interesse nicht nur der Anwendung von Fachwissen, sondern auch der Art und Weise, wie Fachkräfte in komplexen Situationen implizit von ihrem Erfahrungswissen Gebrauch machen und wie implizite Abstimmungsprozesse gelingen. Zunächst werden die wissenschaftliche Verortung der Arbeit, die Forschungsperspektive und die wichtigsten Begrifflichkeiten erläutert, um dann die strukturellen Rahmenbedingungen des Ermessens in Fallbesprechungen der Jugendsozialarbeit aufzuzeigen. Nach einer Spezifizierung des aktuellen Forschungsstands zum Thema geht es um die theoretischen Grundlagen der Untersuchung, wobei vor allem die Konzipierungen von Ermessungsspielräumen als Black Box von Institutionen und als Rahmenbedingung Sozialer Arbeit im Vordergrund stehen. Mit Blick auf die gewählte Methodologie werden der Zugang der Praxeologischen Wissenssoziologie, das Verfahren der Dokumentarischen Methode, die vorliegende empirische Studie, deren Datenmaterial und die einzelnen Analyseschritte vorgestellt. Im Weiteren folgt unter Bezugnahme auf Auszüge aus der Transkription der Fallbesprechungen eine detaillierte Präsentation der gewonnenen Ergebnisse zu vielfältigen Dimensionen von Ermessungsspielräumen entlang der fünf beobachteten Teams. Die Bedeutung des Ermessens liege in der Anerkennung vielschichtiger, widersprüchlicher Konstellationen und der Möglichkeit, Fälle vor dem Hintergrund von Uneindeutigkeitserfahrungen und auftragsbezogenen Erwartungen bearbeitbar zu machen. Mit ihrer Sichtbarmachung des tatsächlichen Vollzugs des Ermessens in Fallbesprechungen leistet die Arbeit einen fundierten Beitrag zur praxeologischen Professionalitätsforschung. Das Buch ist im Open Access abrufbar: https://kidoks.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/5311/file/Roelver_Spielraeume-des-Ermessens.pdf

IMPRESSUM

Soziale Arbeit – Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete (SozA)
ISSN 0490-1606

Herausgebende: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Schriftleitung: Burkhard Wilke (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Dr. Stephanie Pigorsch Tel.: 030/83 90 01-37, E-Mail: pigorsch@dzi.de, Julia Brielmaier, Carola Schuler (alle DZI)

Einsendungen bitte an: DZI, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, E-Mail: redaktion@dzi.de

Alle wissenschaftlichen Beiträge sind peer-reviewed. Manuskripthinweise unter: <https://www.dzi.de/sozialeliteratur/soziale-arbeit/manuskripthinweise/>.

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Stephan Dettmers (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Prof. Dr. Johanna Hefel (Österreichische Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.); Prof. Dr. Ulrike Kostka (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Bojana Marković (Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung); Prof. Dr. Peter Reinicke, Berlin; Dr. Gabriele Schlüper (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Sebastian Schröer-Werner (Evangelische Hochschule Berlin); Prof. Dr. Christian Spatscheck (Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e.V.); Gabriele Stark-Angermeier (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Prof. Dr. Bettina Völter (Alice Salomon Hochschule Berlin)

Manuskripte und andere Einsendungen: Alle Einsendungen sind an die o. g. Adresse zu richten. Es besteht keine Haftung für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss in Textform erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der/die Autor:in der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG an ihrem/seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht der Autor:innen nach Ablauf von zwölf Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt. Eine eventuelle, dem einzelnen Beitrag oder der jeweiligen Ausgabe beigelegte Creative Commons-Lizenz hat im Zweifel Vorrang. Zum Urheberrecht vgl. auch die allgemeinen Hinweise unter www.nomos.de/urheberrecht.

Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser:innen erklären sich mit einer nicht sinnststellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Urheber:innen- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Rechtsschutz gilt auch im Hinblick auf Datenbanken und ähnliche Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes oder über die Grenzen einer eventuellen, für diesen Teil anwendbaren Creative Commons-Lizenz hinaus ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber:innen/Redaktion wiedergeben.

Der Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

Anzeigen: Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, Media Sales, Dr. Jiri Pavelka, Wilhelmstraße 9, 80801 München
Tel.: (089) 381 89-687
mediasales@beck.de

Verlag und Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestr. 3-5, 76530 Baden-Baden,
Telefon: 07221/2104-0, Telefax 07221/2104-27
www.nomos.de

Geschäftsführer: Thomas Gottlöber
HRA 200026, Mannheim
Sparkasse Baden-Baden Gaggenau,
IBAN DE05662500300005002266, (BIC SOLADES1BAD).

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppellnummer.

Preise: Individualkund:innen: Jahresabo € 74 inkl. digitaler Einzelplatzlizenz, Vorzugspreis für Studierende € 58 inkl. digitaler Einzelplatzlizenz, Institutionen: Jahresabo € 279 inkl. digitaler Mehrplatzlizenz. Der Digitalzugang wird in der Nomos eLibrary bereitgestellt. Einzelheft: € 9,90, Doppelheft: € 12,90. Die Abopreise verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer und zuzüglich Vertriebskostenanteil (Inland € 22/Ausland € 36) bzw. Direktbeorderungsgebühr € 3,50. Die Rechnungsstellung erfolgt nach Erscheinen des ersten Heftes des Jahrgangs.

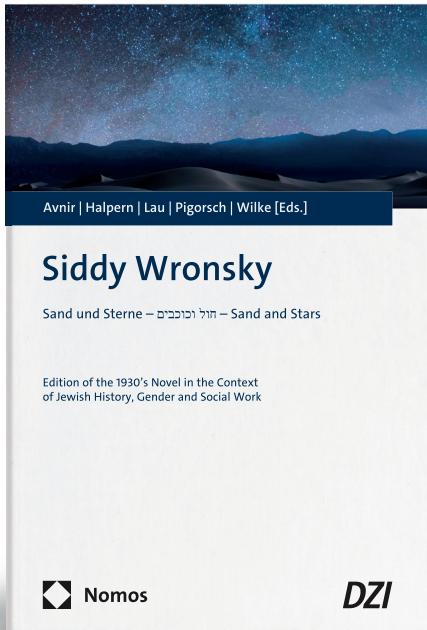
Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kund:innenservice:
Telefon: +49-7221-2104-222, Telefax: +49-7221-2104-285,
E-Mail: service@nomos.de

Kündigung: Abbestellungen mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO: Bei Anschriftenänderung kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeauftrag gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch bei der Post AG eingelegt werden.

Jüdische Geschichte, Gender und Sozialarbeit zum Leben erweckt



**BOOK
LAUNCH**
online am
28.4.2025

Siddy Wronsky

Sand und Sterne – חול וכוכבים – Sand and Stars
Edition of the 1930's Novel in the Context
of Jewish History, Gender and Social Work
Herausgegeben von Dr. Yehudit Avnir,
Dr. Ayana Halpern, Dr. Dayana Lau,
Dr. Stephanie Pigorsch und Burkhard Wilke
2025, ca. 380 S., brosch., ca. 59,- €
ISBN 978-3-7560-1622-8
E-Book 978-3-7489-4081-4
Erscheint ca. März 2025
In deutscher, hebräischer und englischer Sprache

Im Mittelpunkt dieses Buches steht ein bisher unentdecktes Werk der berühmten jüdischen Sozialarbeitsprotagonistin Siddy Wronsky (1883–1947) aus Berlin. In ihrem Roman „Sand und Sterne“ beschreibt Wronsky die Einwanderung von vier jüdischen Jugendlichen aus Nazi-Deutschland nach Palästina und ihre Bildungsarbeit im neuen Land. Dieses Buch ist – wie die Analyse zeigt – einge-

bettet in die Übersetzung Sozialer Arbeit als neuer „gendered profession“ von Deutschland in das Mandatsgebiet Palästina. Darüber hinaus zeigt es Wronsky als Akteurin des transnationalen Transfers feministischer Ideen mit Bezug zu Nationalität/nationaler Identität sowie den Aspekt des feministischen literarischen Aktivismus mit Bezug zu Wohlfahrt und sozialen Ideen und Theorien.

 **Nomos**
eLibrary nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

 **Nomos**